

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition (selbst abgeholt) 2,50 M. Für den Postweg nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Preisband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Sämtliche Adressen, Briefe für Deutschland und Österreich 10,- M., für das übrige Ausland 15,- M. Expedition und Verlag: Berlin S. O., Oranienstr. 26.

Die schlagfertige Kampfschrift über Herrn Kautz Nr. 1.- M., einschließlich Literaturverzeichnis. Kleine Ausgabe: Das fertige Buch 1.- M., jedes weitere Buch 1,50 M., einschließlich Literaturverzeichnis. Deutsche Ausgabe laut Text, Familien-Ausgaben und Stellen-Angebote 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Buch 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Bestellungen: Central 2030, 2045, 4510, 4625, 4635, 4640, 4621

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Aus Noskes Glanztagen

Die Folterkammer in Breslau

Am Montag begann vor der 2. Strafkammer des Breslauer Landgerichts der Prozeß gegen den Offiziersstellvertreter Max Walter, den Oberjäger Wilhelm Bieskup und den Unteroffizier Martin Bressle. Die Angeklagten gehörten dem ehemaligen Freikorps Aulok an, das während der Kämpfe in Breslau den Segen der monarchistischen Staatsordnung durch Mordtaten, Plünderungen, Mißhandlungen und anderen Ausschreitungen der Bevölkerung nahebringen wollte. Die Mörder der 8 Breslauer Arbeiterführer hat sich das Gericht bisher noch nicht zu fassen getraut. Die drei Angeklagten, die sich jetzt vor Gericht zu verantworten haben, haben sich schwerer Körperverletzung an Zivilpersonen schuldig gemacht. Der Anklage liegt folgende Tatbestand zugrunde:

Am 12. März 1920 besetzte das Freikorps Aulok mit noch anderen Truppenteilen die Stadt Breslau. Zahlreiche Personen wurden festgenommen und in das Wachtlokal des Generalkommandos eingeliefert. Dort begann für die Gefangenen ein wahres Martyrium. Die Gefangenen wurden von den Soldaten, die von den Offizieren durch Befehle aufgestachelt worden waren, mit Faustschlägen, Stößen, Knüttelschlägen, Stahlhelmen, Lederkoppeln, Gewehrkolben, Artilleriepeitschen, Gumminäpeln usw. in der rohesten und unbarmherzigsten Weise geschlagen. Den Höhepunkt erreichten die Mißhandlungen in der Wachtstube und im Gefangenenumkleideklo, der zu einer Art Folterkammer hergerichtet war. Die Gefangenen wurden gezwungen, mit dem Gesicht gegen die Wand in unbeweglicher Haltung bis zu 12 Stunden und darüber still zu stehen. Wer sich bewegte, bekam eine Tracht Prügel. Um die Qualen zu erhöhen, wurde den Gefangenen kein Trinkwasser gereicht; auch ausstreuen durften sie nicht. Wenn sich keine Gelegenheit zu Mißhandlungen bot, beschimpften und verhöhnten die Offiziere und Mannschaften die Gefangenen.

Sie verspotteten ihre hilflose Lage, überschütteten sie mit höhnlichem Gelächter und drohten ihnen dauernd die Vollziehung der Todesstrafe an.

Die Angeklagten bestritten fast sämtliche Vorwürfe. Sie wollen zwar gesehen haben, daß die Gefangenen durch das ganze Gebäude gejagt und in der rohesten Weise geschlagen worden sind. Man habe das Geschrei der Mißhandelten bis in das zweite Stockwerk gehört. Die Mißhandlungen seien aber von anderer Seite ausgegangen. Den Ausagen der Angeklagten stehen die Aussagen der Zeugen gegenüber, die mit voller Bestimmtheit in den Angeklagten ihre ehemaligen Peiniger wiedererkennen. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern. Zur Vermeidung von Zwischenfällen ist das Landgerichtsgebäude durch Polizeimannschaften streng abgesperrt worden.

Die Scheußlichkeiten, die während des Prozesses in Breslau enthüllt werden, fallen in erster Linie auf die Offiziere und insbesondere auf den damaligen Oberbefehlshaber Noske zurück. Noske hat sich nicht davor geschämt, die anrühmlichsten Elemente des alten kaiserlichen Offizierskorps mit der Bildung der neuen Wehrmacht zu betrauen. Während seiner ganzen Tätigkeit wurden die Truppen durch Befehle und Erlasse, die deutlich den Stempel des Barbareniums trugen, gegen die Arbeiterklasse aufgehetzt. Noske selbst hat in seinen Erlassen, und insbesondere in seinen Parlamentsreden, nicht wie der Vertreter einer Kulturnation, sondern wie ein mittelalterlicher Henker gesprochen. Dieser ungeist der Führung setzte sich natürlich in der Truppe durch. Die Truppe ist nach einem militärischem Grundgedanken immer das Spiegelbild der Führung. Da die Führung zu Noskes Zeiten barbarisch war, konnte natürlich auch die Truppe nur barbarische Handlungen begehen. Zweifellos handelt es sich bei den Angeklagten um ganz verrottete Vurschen. Aber daß derartige Gestalten auf die wehrlose Zivilbevölkerung losgelassen wurden, ist ebenfalls das Verdienst des Herrn Noske und seiner kaiserlichen Offiziere, für die er ja auch heute noch Wohlwollen und weitgehendes Verständnis übrig hat.

Das Entwaffnungsgesetz

Auch der Reichstag beschirmt die Orgesch

In der gestrigen Reichstagsitzung haben sich die bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten wieder als die Beschützer der Orgesch und der monarchistischen Gegenrevolution entlarvt. Zur Beratung stand die Vorlage, das Entwaffnungsgesetz, das am 1. März abläuft, bis zum 1. Juli 1921 zu verlängern. Unsere Fraktion beantragte dazu, die Pflicht zur Ablieferung der Waffen auch für die einzelnen Gehöfte und Gemeinden auszudehnen und die Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren in Bayern durchzuführen.

Die Anträge wurden von dem Genossen Soldmann begründet, der in einer ausgezeichneten Rede das Verhalten der bayerischen Regierung in der Entwaffnungsfrage geißelte. Er wies an der Hand eines umfangreichen Beweismaterials nach, daß die Gegenrevolution ihren zentralen Sitz in München hat, und daß die Regierung Kahr nur das ausführende Organ des Ring-Hotels ist, in dem die Orgeschritter ihren Sitz haben. Bis jetzt ist in Bayern die Entwaffnung so durchgeführt worden, daß die Kahr-Regierung den wenigen sozialistischen Arbeitern, die der Einwohnerwehr noch angehörten, die Waffen wegnahm, um sie den Reaktionären zu übergeben. Soldmann wies auch darauf hin, daß die Orgesch ihre Fäden nach Tirol und Österreich gesponnen hat und daß Pläne erwogen werden, den Anschluß Österreichs an Deutschland militärisch zu erzwingen. Für diese Behauptungen liegen einwandfreie Beweise vor.

Nach Soldmann sprach der Orgesch-Minister Dr. Koch, seines Zeichens ein Demokrat. Aber einer von jenem Schlage, der jeden Orgeschmann in helle Verzückung versetzt. Koch gab im Auftrage der Regierung die Erklärung ab, daß es die Regierung ablehne, am Vorabend der Londoner Konferenz eingehende Darlegungen darüber zu geben, wie die Organisationen, die dem Friedensvertrag widersprechen, aufgelöst werden sollen. Dem Reichstag soll bis zu dem 15. März ein entsprechendes Gesetz zugehen. Ueber das dunkle Treiben der Regierung Kahr und ihrer Hintermänner mußte Herr Koch nichts zu sagen. Er blies die Schmei der Einheitsfront und trat, beunruhigt durch Zwischenrufe der Linken des Hauses, ab. Ein wahrer Demokrat, dieser Koch! Wenn es sich um die Arbeiterfrage handelt, dann mimt er den härtesten Mann. Den Reaktionären läßt er den weitesten Spielraum, um es mit ihnen nicht zu verderben. Denn er will auf alle Fälle seinen Ministerposten behalten. Vor einigen Tagen hat der Abgeordnete Marelli die Verdienste der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung gefeiert. Als wichtigsten Grund führte er an, daß seine Partei die Entwaffnung der Einwohnerwehren ermöglicht habe. Wenn die Deutsche Volkspartei noch mehr dergartige Helfershelfer hat, wie den Minister Koch, dann wird es ihr eines Tages noch möglich sein, den Monarchistenputsch von Reichswegen durchzuführen.

Die Anträge unserer Fraktion, die auch von der S. P. D. und der K. P. D. unterstützt wurden, fanden in diesem Reichstag keine Beachtung. Sie wurden mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien abgelehnt. Die Dinge liegen jetzt so, daß die Arbeiterklasse völlig wehrlos gemacht worden ist. Die Reaktion hat alle Waffen behalten, und die Regierung und die bürgerlichen Parteien fühlen sich verpflichtet, ihr diese Waffen zu belassen. Auch die Tatsache, daß das Entwaffnungsgesetz bis zum 1. Juli verlängert worden ist, wird an diesem Zustand nichts ändern.

Die Beratung des Etats des Finanzministeriums wurde mit der Berichterstattung durch den Genossen Herz eingeleitet. Seine objektiven Darlegungen über die Verhandlungen des Ausschusses wegen der Steuerhinterziehungen des Abgeordneten Kerthoff wurden von der Linken mit lebhaften Hördör-Rufen begleitet, von der Rechten eilig schweigend aufgenommen. Nur an einer Stelle, und zwar bei der Mitteilung, daß Kerthoff dem Verfassen keine Schwierigkeiten bereitet habe, ertönten Hördör-Rufe auf der rechten Seite. Die Herren hatten offenbar nicht beachtet, daß dieses Zeugnis von dem Leiter des Finanzamtes Bohwinkel stammt, von jenem Manne, der aus bisher noch nicht bekannten Gründen die gefällige Ehrenerklärung für Kerthoff ausgestellt hat. Zu diesem Zeugnis gratulierten wir!

Zum Schluß ergriff der Finanzminister das Wort zu einer kurzen Mitteilung, über den Stand der strafrechtlichen Verfolgung des Bankhauses Gruyer, Philippson & Co. Er schloß mit der Bekanntheit der Mitteilung des Generalstaatsanwalts, daß das Verfahren gegen die beteiligten Mitglieder des Hauses Hohenzollern noch nicht abgeschlossen sei. Die deutschnationalen Monarchisten waren auch von dieser Mitteilung höchlich unangenehm berührt.

Die Debatte über den Finanzetat, in der Helfferich seinen Freund Kerthoff zu verteidigen gedenkt, soll heute stattfinden.

Drohender Einmarsch in Bayern

Für den Fall der Nichtentwaffnung

DL. London, 28. Februar.

„Daily Chronicle“ erzählt aus Kreisen der Londoner Konferenzteilnehmer, daß Lord George und Briand nach Kenntnisnahme des Gutachtens des Marshalls Foch grundsätzlich beschlossen haben, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß als letzter Termin für die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Österreich der 1. April gestellt wird. Bis dahin wird die Auflösung der Einwohnerwehren unbedingt gefordert. Sollte sich die bayerische Regierung weigern, die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzzorganisationen bis zu diesem Termin durchzuführen, so würde unannahmlich der Einmarsch alliierter Truppen in Bayern erfolgen.

Das lebensunfähige Oesterreich

Von Friedrich Kusterlich, Wien

Wie ein schwarzer Schatten liegt die Sorge um das tägliche Leben auf der Politik in Oesterreich. Seit dem Zusammenbruch des alten Imperiums lebt dieses Land von auswärtiger Unterstützung, die teils in Krediten gegeben, teils geradezu in milden Gaben erteilt wird. Immer hofft es auf eine Hilfe, die ausreichen würde, einen allmählichen Wiederaufbau seiner erschöpften Wirtschaft zu beginnen, immer vernimmt es auch tröstliche Ermunterungen und hoffnungsvolle Versprechungen, und immer ist das Ergebnis eine große Enttäuschung, die es dann noch tiefer in Verzweiflung wirft. So war es auch diesmal mit der Pariser Konferenz, von der man die Bewilligung jenes großen Kredits gewärtigte, den die Wiener Sektion der Reparationskommission als unerlässlich bezeichnet hatte. Aber die Ententeherren waren in Paris so stark damit beschäftigt, den Tribut herauszurechnen, den sie dem deutschen Volke auferlegen wollen, daß ihnen zu der Beschäftigung mit dem unseligen Oesterreich die Ruhe offensichtlich gemangelt hat. Statt einer Hilfe wird Oesterreich ein Plan gewidmet.

In einer Verblendung, die heute geradezu unbegreiflich erscheint, hat die Entente dieses Oesterreich in einer Weise geformt, daß daraus schlechthin ein unmöglicher Staat geworden ist. In den anderthalb Jahren, die seit den Friedensverhandlungen in Saint Germain verlossen sind, hat sich Oesterreich das Mitleid der Welt zugewendet; bei den Verhandlungen wollte die Entente aber in Oesterreich noch die Fortleitung des Habsburgerstaates erkennen, und belud es mit all dem Haf, den der eigentliche Urheber des Weltkrieges allerdings in reichlichem Maße verdient hatte. So fielen die Friedensbedingungen für Oesterreich, dem man nicht einmal seinen freigewählten Namen beileh, ebenso hart und grausam aus, wie für das Deutsche Reich, und wenn die Entente seither auch ausreichend erfahren hat, daß die Vorstellung, von den verhungerten Oesterreichern irgendeine Wiedergutmachung der Schäden zu erlangen, die der Krieg der vormaligen Monarchie verbrochen hatte, eitel war, so ist doch jener Teil des Gewaltfriedens nicht wieder gutzumachen, der darin besteht, daß Oesterreich um Gebiete beraubt worden ist, die ihm kraft des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, welches Unrecht doch als die Grundlage des Friedensschlusses verkündigt ward, zugehört haben und die nun, von der Entente ihr überwiesen, der Tschechoslowakei gehören, daß also Oesterreich der Gebiete entbehrt, die seine Lebensfähigkeit begründet hätten. In dem alten Oesterreich zählte das deutsche Volk zehn Millionen Menschen; das Entente-Oesterreich ist auf sechs Millionen reduziert; in diesen Zahlen schon spricht sich das schwere Unrecht aus, das der Vertrag von Saint Germain auf dem Gewissen hat. Tatsächlich waren die Ententeherren bei den Friedensverhandlungen nur von dem einen Bestreben geleitet, von dem deutschen Oesterreich alles wegzuschneiden, was nur irgendwie möglich war. Es war nicht anders, als ob man einem Menschen Arme und Beine abschneiden und meinen würde, es bleibe doch noch ein lebensfähiger Organismus übrig, wenn der Rumpf noch zu atmen vermöge. In dieser trübseligen Lage ist nun Oesterreich; es stirbt wohl nicht, vermag aber nicht zu leben; es ist ein jämmerliches Vegetieren.

Jeder Staat, der organisch entsteht, also im Laufe der Zeiten heranwächst, schafft sich seine Lebensformen gemäß den Bedingungen seines Daseins. Seine Volkswirtschaft ist Ergebnis und Abbild der geographischen Tatsachen, an die er gewiesen ist. Dieses Oesterreich ist aber nicht organisch entstanden; es ist eben die willkürliche Schöpfung einer kurzfristigen Diplomatie, die sich um alles andere mehr bekümmert hat, als darum, ob die Produkte ihrer souveränen Laune leben werden können. Der farge Boden bringt nicht annähernd hervor, was die Bevölkerung Oesterreichs zur Ernährung braucht, und wenn auch ein ertledlicher Teil des fürchtbaren Mißverhältnisses auf der Rückständigkeit der eigenen Landwirtschaft beruht, die normals keinen Eifer zeigen mußte, weil sie der Zufahren aus den geeigneteren Gebieten der Sudetenländer und Ungarns gewiß war, so fehlt der Gebirgscharakter der österrödischen Landschaft da auch einem reichlichaffenen Bemühen eine Grenze. In allen Lebensmitteln ist Oesterreich auf die ständige Zufuhr aus dem Ausland angewiesen, und Ausland ist heute eben auch Mähren, Galizien, Ungarn geworden. Oesterreich ist in einem hohen Ausmaß ein industrielles Land, seine Industrie ist aber aufgebaut auf der freien Verfügung des Rohstoffreichtums des ganzen Imperiums. Dieser Reichtum ist nun, mit dem Versalle des Imperiums, Oesterreich entschunden, die freie Verfügung darüber der österrödischen Industrie entzunden. Vor allem der Rohstoff, den die Industrie als unerlässlich voraussetzt, die Kohle; alle namhafteren Kohlengebiete des ehemaligen Oesterreich-Ungarns, das sich mit diesem Rohstoff selbst genützte, sind heute in der Hand der anderen Rohstoffstaaten.

Die Entente hat mit unbedenklicher Leichtfertigkeit alle diese Gebiete abgetrennt, dabei nicht einmal des deutschen Selbstbestimmungsrechtes gedacht, das bei vielen von ihnen für Oesterreich stritt; nun steht der Staat, den sie mißgeformt hat, ohne Lebensmittel und Rohstoffe, also ohne echtes

Lebensmöglichkeiten da. Und als letztes und drückendstes Mißverhältnis ist die riesige Hauptstadt geblieben, die einmal der wirtschaftliche und politische Mittelpunkt eines Staates von 55 Millionen Menschen gewesen, nun sich auf dem Hintergrunde einer Bevölkerung von vier Millionen, zu meist dürftiger Alpendemohner, erhebt; dabei selbst belastet von den Ueberlieferungen und Gepflogenheiten, die eine Riesengigant entwickelt, und die sie, auch wenn es der ernste Vorfall der Menschen wäre, der es aber nicht ist, nicht mehr aufzugeben vermag. Es ist trotz aller Verarmung und allem Bettel das alte Wien, das seinen Platz in der Kulturwelt behauptet und von dem hohen Hof seiner Traditionen nicht herunter sinken, selbst wenn es wollte, das aber den voraranten Staat natürlich als schwere Last drückt. Oesterreich, ein Produkt der Entente, ist die Frucht einer Staatskunst, die sich des Nachdenkens, was aus den Gebilden, die sie in die Welt setzt, werden wird, gänzlich entschlagen hat und die nun ihr Werk beschaut und findet, daß es nicht gut sei.

Diese innere Unmöglichkeit des Staates muß sich naturgemäß in allen seinen Verhältnissen kundtun. Papiergeld wird allerwärts gedruckt und kein Staat kann sich davon frei machen, zu dieser irrationalsten Form von Anleihen, welche neue Kaufkraft durch Entwertung der alten hervorbringt, zu greifen. Aber Oesterreich steht überhaupt keine anderen Hilfsmittel vor sich, als immerzu neue Papiernoten zu drucken. Die Folge davon ist natürlich die gänzliche Zerrüttung seiner Währung, deren sinnfälliger Ausdruck jener Zücker Kurs ist, der die österreichische Krone, deren „Parität“ vor dem Kriege hundertfünfzig Centime war, mit einem Centime „bewertet“. Diese Unterbewertung der Krone, die übrigens ungerecht ist, weil die Kaufkraft der Krone im Innern ihr widerspricht, führt nun wieder zur gänzlichen Zerrüttung der Staatsfinanzen. In den Verhältnissen. Bei der riesenhaften Einfuhr, auf die Oesterreich mit Lebensmitteln und Rohstoffen angewiesen ist, und seiner Ausfuhr kein ausreichendes Gegengewicht bietet, bedeutet jede Senkung des Kronenturses gleich Verluste von Milliarden. Zahlt doch der Staat auf die Lebensmittel, die er vom Auslande bezieht und öffentlich bewirtschaftet, — und es sind das nur Getreide, Fett und Kondensmilch — nicht weniger als zwanzig Milliarden Kronen im Jahre darauf, und dabei sind die Preise dieser Lebensmittel so hoch gestiegen, daß sie werten Kreisen der Bevölkerung unerschwinglich geworden sind. Der Staatshaushalt hält im Augenblicke bei einem Defizit von fünfundsiebzig Milliarden Kronen; im Augenblick muß gesagt werden, daß einestells der immer noch sinkende Kronenturs das Defizit automatisch steigert, andererseits die Ansprüche der öffentlichen Angestellten nach Erhöhung ihrer Bezüge nicht stillstellen können, und in ihrem gesamten Ausmaß schon heute weit mehr als die gesamten Staatseinkünfte erfordern. Da die Deutschen in der alten Monarchie sozusagen das Herrenvolk waren, in einem ihrer Zahl weit übersteigenden Umfang die Beamten, die Offiziere, die Kaufleute, kurz die sogenannten Liberalen Berufe beigesteuert haben, so ist natürlich Deutschösterreich mit Beamten in einem übergrößen Maße belastet. Aber wieder ist der Abbau und die Ueberleitung in die gütterschaffende Arbeit nicht möglich, weil diese, mangels Rohstoffe, allen Bemühungen zur Ausdehnung spottet. Es ist mit einem Worte in Oesterreich ein Kreislauf des Elends, und jedes Uebel, das aus der Lebensunfähigkeit des Staates entspringt, wird die Ursache neuer Uebel.

Es ist darnach nicht überraschend, daß die Qual dieser wirtschaftlichen Uneristenz auch die Entwicklung der politischen Dinge bestimmt. Bei den letzten Wahlen des Parlamentes haben die Christlichsozialen eine, allerdings sehr bescheidene, Mehrheit über die Sozialdemokraten erlangt, und das ergab für die Sozialdemokraten die Möglichkeit, sich von der Regierung zurückzuziehen und den zwei bürgerlichen Parteien die „Herrschaft“ zu überlassen. Nun empfängt das Bürgertum den nötigen Anschauungsunterricht, welche Torheit es war, der bürgerlich-kapitalistischen Demagogie anzufolgen und sich einreden zu lassen, daß die furchtbaren Nöte des Staates aus dem Konto der „sozialistischen Regierung“ gehen. Mehr als dies: die Bürgerlichen allein regieren zu lassen, bedeutet nicht weniger, als in ihrer Unruhbarkeit die Tatsache anzugeben, daß es dem Kapitalismus nicht mehr gegeben ist, aus dem Chaos, in das er die Welt gestürzt hat, den Ausweg zu weisen. Die Sozialdemokraten haben in Oesterreich die Beteiligung an der Koalitionsregierung nicht verweigern können, weil nach dem Zusammenbruch ohne ihre Energie nicht einmal die Fröstung des nackten Lebens möglich gewesen wäre. Aber ihrer revolutionären Gesinnung treu, haben sie den Anschein der Macht sofort aufgegeben, ihre wahre Aufgabe darin erblickend, das Proletariat mit dem Bewußtsein der revolutionären Epoche zu erfüllen und für den entscheidenden Kampf gegen den Kapitalismus zu stärken und wach zu erhalten. Dazu ist vor allem die geeinigte Front des Proletariats erforderlich, und sie in großen Umfassen aufrechtzuerhalten, ist der Partei in Oesterreich immer noch gelungen.

Beschränkung der Beamtenstellen

Der „Dena“ wird, angeblich von unterrichteter Seite, gemeldet:

Bei der Aufstellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921 soll mit wesentlichen Einschränkungen in der Zahl und Verwendung der Beamten der Anfang gemacht werden. Der gesamte Beamtenapparat soll um den vierten Teil seines gegenwärtigen Bestandes verringert werden, und zwar in der Weise, daß beim Freiwerden planmäßiger Beamtenstellen nur jede zweite Stelle von neuem besetzt wird, bis in der betreffenden Gruppe 1/4 der Stellen fortgefallen ist. Natürlich kann dieser Grundsatz auf die höchsten Beamten nicht in der gleichen Weise angewandt werden. Gleichzeitig soll in Rücksicht auf den neuen Besoldungsanstoß für bestimmte mittlere Beamtenkategorien eine Neubildung in Stellen niedrigerer Besoldungsklassen Platz greifen. Ferner ist beabsichtigt, aus dem in den letzten Etats mehrfach vorkommenden Vermerk „künftig weglassend“ für Stellen, die in der Abwicklung bearbeitet sind, die Konsequenz herzuleiten, die bisherigen Bezüge bis auf weiteres zu freieren. Endlich soll auf eine Verminderung der fortlaufenden Verwaltungsausgaben dadurch hingewirkt werden, daß die allgemeinen Bewilligungen des Jahres 1920, welche zur Vereinfachung der Etatsaufstellungen auf das Jahr 1921 unverändert übernommen sind, zwar als Ansätze rechnerisch bestehen bleiben, aber nur bis zu 75 Prozent verausgabt werden dürfen. Daß diese Beschränkung nicht mechanisch gehandhabt werden kann, sondern von Fall zu Fall nachsprühen ist, versteht sich von selbst.

Also erst Verlängerung der Dienstzeit und nun, dem ersten auf dem Fuße folgenden, Beschränkung der Beamtenstellen. Und zwar nicht der oberen, sondern der unteren und mittleren Stellen. Längere Arbeitszeit also und verärflichte Ausbeutung der Staatsbediensteten. Alles das geschieht einfach. Man fragt weder das Parlament noch die Beamtensorganisationen. Man scheut sich auch nicht, gleichzeitig immer neue Erhöhungen der Postgebühren und Eisenbahntarife zu fordern. Das Ziel dieser Maßnahmen ist offenbar, die Reichsverkehrsvertriebe wieder zu Ueberflusquellen zu machen, damit die Besitztümer entsprechend abgebaut werden können. So steht die werte

Haushaltspolitik der gegenwärtigen Reichsregierung aus! Dazu hat man die „Fahmänner“ gebraucht! Ob die Beamten, denen das sehr viel angeht, wohl einmal dahinterkommen werden?

Aufhebung der Demobilisierungsausschüsse

Im Reichswirtschaftsrat haben die Angestelltenvertreter Aufhäuser, Leonhardt und Schweizer am 28. Februar folgende Anträge eingebracht:

„Für die Reichsregierung bekannt, daß die Vorsitzenden der Demobilisierungsausschüsse nach einer amtlichen Anweisung zum Zwecke der am 31. März 1921 aufzulösenden Demobilisierungsausschüsse die erforderliche Personalkündigungen vorzunehmen sollen?“

„Ist die Regierung bereit, vor einer Aufhebung der Demobilisierungsausschüsse das Gutachten des Reichswirtschaftsrates einzuholen?“

Auch uns scheint es, als wenn der Reichswirtschaftsrat hier eine wichtige Aufgabe erfüllen könnte. Entbehrt schon das ganze Gesetzgebungs- und Berordnungswesen der sogenannten Übergangswirtschaft des logischen Aufbaues, so ist eine einfache Umgestaltung der Demobilisierungsausschüsse schlechterdings unmöglich, ohne daß Vorbehalte getroffen werden, daß die von ihnen zu erfüllenden höchst wichtigen Aufgaben weiterhin erfüllt werden. Also bitte! Wogu ist der Reichswirtschaftsrat da, wenn nicht zur mitentscheidenden Begutachtung solcher Fragen?“

Eine gefallene Größe

Dr. Hugos „unfaire Handlungsweise“

Herr Dr. Hugo, volksparteilicher Reichstagsabgeordneter und Vertreter großindustrieller Interessen, hat vorgeschlagen. Er hat wegen der Behauptung, daß er vom Lederhandelsverband 50.000 Mark für sein Eintreten für die freie Wirtschaft und zur Propaganda für seine Wahl in den Reichstag erhalten habe, eine ganze Reihe von Prozessen angestrengt. Der erste endete bereits mit seiner Niederlage, da der Angeklagte zu der lächerlich geringen Geldstrafe von 10 Mark verurteilt wurde. Noch mehr ist Herr Dr. Hugo mit der Privatbeseidigungslage hereingefallen, die er gegen den demokratischen Stadtverordneten Schmale in Wiesfeld angestrengt hat. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, da der Angeklagte mit der Behauptung, die Handlungsweise Dr. Hugos in Sachen der Lederwirtschaft sei nicht fair, die Stellungnahme des Privatklägers treffend bezeichnet habe.

Dieses Urteil war vorauszuversagen. Denn nach den Darlegungen unseres Genossen Simon in Reichstags und der kläglichen Antwort Hugos besteht kein Zweifel mehr über den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Unterstützung Hugos durch die Lederindustriellen und seinem Eintreten für die freie Wirtschaft im Lederhandel. Aber dieses Urteil wie viele andere deraußergerichtete Urteile werden Herrn Hugo wohl kaum hindern, sich weiter als den Ketzer gegen Korruption und Unmoral aufzuspielen.

Die Sabotage des Rechts

Der Hillerprozess in 5. Auflage

Im Anschluß an die letzte Verhandlung gegen Oberleutnant Hiller vor dem Schwurgericht hatte der Verteidiger Dr. Georg Hirschfeld bei der Strafkammer des Landgerichts I einen Antrag gemäß § 19, Absatz 3, des Gesetzes betreffend Aufhebung der Militärgerichte vom 17. 8. 1921 und § 363 Strafprozeßordnung dahingehend gestellt, daß die Berufung des Reichsmilitärgerichtes als unzulässig abzuweisen sei. In der Begründung des Antrages heißt es, daß die Erklärung des damaligen Gerichtsherrn Oberst Grautoff zu Protokoll des Kriegsgerichtsrates unzulässig sei und das ferner die erforderliche Beurkundung, die allein von dem Kriegsgerichtsrat zu den Akten zulässig ist, fehlt.

Die Strafkammer des Landgerichts I hat sich nicht mit der Frage, ob die Berufung überhaupt zulässig ist oder nicht, befaßt, sondern lediglich einen Beschluß dahin gefaßt, daß die Entscheidung über die Frage, ob die von den Gerichtsherrn gegen das Kriegesgericht vom 25. Dezember 1919 eingeleitete Berufung auf dem gesetzlichen Wege erfolgt ist, gemäß § 19, Absatz 3, des Gesetzes vom 17. August 1920 der neuen Hauptverhandlung gegen Hiller vorbehalten bleibt.

Durch diesen Beschluß der 8. Kammer entziehen neue Schwierigkeiten. Zunächst wird sich das Schwurgericht, wie schon bei der letzten Verhandlung, sehr eingehend mit der rein juristischen Seite des Falles zu beschäftigen haben. Unabhängig davon, ob das Gericht die Rechtsgründe des Verteidigers dann anerkennt oder nicht, wird die Verhandlung gegen den Angeklagten eröffnet und damit der komplizierte Apparat des Prozesses in Gang gesetzt. Es werden wiederum über hundert Zeugen geladen, von denen über 40 aus allen Teilen des Reiches kommen. Sollte dann das Gericht zu der Erkenntnis gelangen, daß aus formalen Gründen die Wiederannahme des Verfahrens nicht möglich ist, würden, genau wie bei der letzten, am zweiten Tage abgebrochenen Verhandlung, der Staatskasse Kosten entstehen, die in die Zehntausende gehen. Die nächste Verhandlung gegen Hiller soll am 14. März vor dem Schwurgericht stattfinden.

Nach diesem Bericht zu urteilen, scheint es fast so, als ob der Prozess Hiller in einem Wust von Paragraphen begraben werden sollte. Was aber auch die Aktenknäuel und Paragraphenreihen zusammenschultern mögen: Das Rechtsgefühl des Volkes verlangt eine Sühne für die schändlichen Verbrechen, die Hiller verübt hat. Kommt diese Sühne nicht zustande, dann nur, weil dunkle Kräfte im Hintergrunde des Prozessverfahrens am Werke sind und Recht und Gesetz im Interesse eines Verbrechers sabotieren.

Die Unschuldsämmer

Die Alarmnachricht über den beschuldigten Monarchistenputz hat in den Kreisen der Verschwörer furchtbare Verwirrung hervorgerufen. Nachdem schon Kapitän Ehrhardt die Erklärung abgegeben hat, er stehe der ganzen Angelegenheit fern, kommt jetzt auch General Lubendorff, um seine Unschuld zu beteuern. Ehrhardt, der sich bis vor kurzem nachgewiesenermaßen in Bayern aufgehalten hat, weist jetzt sonderbarer Weise in Salzburg. Er wird wissen, warum er sich vorübergehend schwach gemacht hat. Ueber die Erklärung Lubendorffs braucht nichts weiter gesagt zu werden. Es ist hinreichend bekannt, daß dieser Mann, sobald er für irgendein Unternehmen die Verantwortung abgibt, er sei der hartnäckigste Mensch der Welt. Die Herren versagen aber auch über Wilt. Denn lächerlich wirkt es, wenn sie jetzt der Reihe nach behaupten, alle gewalttätigen Absichten lägen ihnen völlig fern. Warum denn dann das sorgloseste geheime Rüstet? Es fehlte bloß noch, daß einer der Orgelkünstler aussieht und die Erklärung abgibt, es habe in Deutschland überhaupt nie einen Kapp-Putsch und nie eine Orgel gegeben. Sicher würden sich auch dann Zeltungen finden, die dieses Zeug drucken.

Partei Knippel-Kunze. Eine neue politische Partei ist in diesen Tagen in Berlin unter Vorhild des deutsch-nationalen Publizisten Richard Kunze gegründet worden. Sie führt den Namen „Deutsch-sozialistische Partei“. Als Ziel bezeichnet sie die Vernichtung der „jüdischen Vorherrschaft in Deutschland.“

Der Krakeel der Hakenkreuzler

Die Hakenkreuzler haben am Sonntag am Kurfürstendamm wüste antientimische Szenen hervorgerufen. Der von einer Lokal-korrespondenz herausgegebene Bericht stellte es so dar, als seien die Hakenkreuzler angegriffen worden. Diese Darstellung erwies sich als unklar. Die Hakenkreuzler haben schon vor 14 Tagen an der gleichen Stelle Krakeel zu machen versucht, und zwar im Cafe Schilling. Der Wert ließ diesmal das Lokal schließen, um Zusammenstöße zu vermeiden. Die Kabaubredier legten dann ihre Föbeleien auf der Straße fort. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, war es über die Vorgänge schon vorher unterrichtet worden. Es ist festgestellt worden, daß die Krakeeler denselben Kreisen angehören, wie anfangs die Stinkbombenschmeißer bei der Aufführung des „Reigen“ im Kleinen Schauspielhaus. Die Personalien einiger Personen wurden festgestellt. Die nationalsozialistischen Ausschreitungen, die sich in den letzten Tagen häuften, erinnern deutlich an die Vorgänge vor einem Jahr. Auch damals begannen die Putschisten den Pöbel vorzuschicken, um das Kampffeld abzutreten. Als sie sich sicher fühlten, folgten am 13. März der Hauptschlag. — Diesmal der Putsch mit dem gleichen Vorspiel beginnen?

Die Rechte der Soldaten

In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses, der zur Beratung des Reichswehrgesetzes eingesetzt ist, beschäftigte man sich hauptsächlich mit den Rechten und Pflichten der Soldaten. Eine Reihe von Anträgen, die teils von unseren Vertretern, teils von den Rechtssozialisten gestellt wurden, hatten übereinstimmend das Ziel, die Soldaten, insbesondere die wirklich republikanisch gesinnten, vor schlechter Behandlung und vor Missetatung durch ihre Vorgesetzten zu schützen. In allen Fällen stimmten unsere Vertreter mit den Rechtssozialisten und Kommunisten gemeinsam für die Einführung von Rechtsgarantien zum Schutze der Soldaten.

In der Weiterberatung des Reichswehrgesetzes versuchten unsere Genossen eine Probezeit für die Soldaten durchzusetzen. Ein diesbezüglicher Antrag Dr. Rosenfeld — Dr. Radbruch wurde aber von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Es blieb insoweit fest, daß die Bestimmung, nach welcher einem Soldaten gekündigt werden kann, wenn er nach dem Urteil seiner Vorgesetzten die für seine Verwendung nötige Eignung nicht mehr hat. Genosse Ernst wies vergebens darauf hin, daß man diese Definition mißbrauchen und politisch mißliebige, insbeson dere wirklich republikanisch gesinnte Soldaten auf Grund dieser Bestimmung herauswerfen wird. Abg. Siebel (Soz.): Es bräunne Kinder scheuen das Feuer. Wir wissen aus der Erfahrung, wie die Reichswehr von republikanisch gesinnten gebildet wird.

Gegen Kündigungen gibt der Geheimeurteil den Betroffenen das Recht des Einspruchs innerhalb 14 Tagen. Auf Antrag Ernst (U. S.) wurde diese Frist auf einen Monat verlängert. Auf die Anträge des Genossen Rosenfeld, wie das Beschwerdenrecht der Soldaten gegenüber Kündigungen behandelt werden soll, erklärte der Minister Geiler: „Der Minister ist nach dem Gesetz verpflichtet, in Zukunft das ganze Beschwerdenverfahren eines Soldaten genau nachzuprüfen.“ In der 2. Lesung soll eine entsprechende Bestimmung in das Gesetz hineingearbeitet werden.

Bei § 24 des Gesetzeswurdes entsetzte Abg. Stübben (Soz.) eine Debatte durch die Anfrage, ob auch in Zukunft ein älterer Offizier ausscheiden muß, wenn ein jüngerer über seinen Kopf hinweg befördert wird. Nach den Erfahrungen der Regierung soll dieser Mißbrauch des alten Realms bestraft werden. Wenn ein jüngerer Offizier über einen älteren hinweggefördert werden soll, wird auch der ältere Offizier wenigstens den Charakter der höheren Charge erhalten. Damit ist nicht ein Anspruch auf höheres Gehalt und höhere Pension gegeben, sondern nur ein Titel verliehen.

Nach § 29 des Gesetzes kann der Reichspräsident aus demselben Angehörigen der Wehrmacht die Vereinerung zum Tragen der Uniform gewähren. Genosse Rosenfeld beantragte die Streichung der Bestimmung. Es müßte endlich mit den bei der Monarchie üblichen Begleiterzeichnungen des Militarismus aufgeräumt werden. Wenn die Dienstzeit beendet sei, sei der Soldat Zivilperson, und dann brauche er nicht mehr Uniform zu tragen. Ein entsprechender Antrag unserer Vertreter wurde abgelehnt.

Zu § 31 beantragte Genosse Dr. Rosenfeld, den Soldaten, welche auf Grund ihres Dienstverhältnisses Ansprüche gegen den Reichssozialismus zu haben glauben, immer nach ablehnender Entscheidung Wehrung über die ihnen zustehenden Rechtsmittel zu erteilen. Der Antrag fand allgemeine Billigung. Eine entsprechende Bestimmung wird in das Gesetz hineingearbeitet werden.

Im allgemeinen ist noch zu betonen, daß die Demokraten häufig mit den anderen bürgerlichen Parteien ungenügenden Rechten. Sie haben bisher nicht für einen einzelnen der von uns zum Schutze der Soldaten gestellten Anträge gestimmt.

Orientfragen

Forderungen der britischen Mohammedaner

H. London, 26. Februar.

Im britisch-indischen Staatsrat hat eine Besprechung der Fragen des nahen Orients stattgefunden. Alle mohammedanischen Mitglieder des Rates haben dem britischen Staatssekretär für Indien Telegramme unterbreiten lassen, der Konferenz folgende vier Vorschläge einzubringen:

1. Garantie der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Türkei.
2. Aufgabe der Thronien, Smyrna und anderer von den Türken bewohnten Gebiete Kleasiens, die Verdrückung der Minoritäten.
3. Vollständige Selbstverwaltung der arabischen Distrikte.
4. Alle heiligen Stätten sollen unter die Souveränität oder die direkte Verwaltung des Kalifats gestellt werden.

Die Konferenz über die Orientfragen

H. Paris, 23. Februar.

Die wichtigste Frage, die gestern behandelt wurde, ist die Unterhandlung zwischen Sami Bey und den französischen Delegierten Loucheur und Verhelot. Hauptächlich beschäftigte man sich mit der Wiederherstellung der Ruhe in Cilicien und mit der Zurückziehung der nationalsozialistischen Truppen. Sobald diese abtransportiert sind, werden auch die französischen Truppen zurückgezogen werden. Die Besprechungen hatten noch kein entscheidendes Ergebnis, weil die türkischen Delegierten noch keine weitestgehenden Instruktionen aus Angora erhalten haben.

Der Prozess gegen Hauptmann v. Kessel. In der Strafsache gegen den jetzt wieder in Haft genommenen Hauptmann v. Kessel ist der Verhandlungstermin bereits auf den 15. März vor dem außerordentlichen Schwurgericht des Landgerichts I angesetzt worden. Es handelt sich um den Reichsweh, den Kessel geschworen hat, als er in dem Verhören gegen Marlob unter keinem Erbe bestritt, von dem Aufenthalt Marlobs etwas gewußt zu haben, während er ihn in Wirklichkeit zur Flucht verholfen hat. Der Marlobmord in der französischen Strafe wird deshalb erneut in der Verhandlung aufgerollt werden.

Wahlniederlagen des nationalen Volks in Frankreich. Das Ergebnis der Wahl für Millerand und einen sozialistischen Abgeordneten im zweiten Wahlbezirk ist Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten des nationalen Volks und den beiden Kommunisten. Im Departement Haute-Savoie fand am Sonntag eine Nachwahl für einen rechtslebenden Abgeordneten statt. In der Stichwahl verlor der nationale Volk dem Wahlkreis von den Kandidaten Dubois.

Der Ausnahmeprozess in Cassel

Eine überraschende Wendung

Cassel, 28. Februar.

Die heutige Verhandlung begann mit einstündiger Verspätung. Dann gab es eine Ueberrückung. Staatsanwalt Dr. Kerner teilte mit, daß der am Freitag verhaftete Zeuge A. Uderstraße ihm erklärt habe, er habe am Freitag seine Aussage nur deshalb verweigert, weil er glaube, er könne dadurch eher nach Hause. Jetzt aber sei er bereit, auszusagen und daher stelle die Staatsanwaltschaft den Antrag, den Zeugen sofort zu vernehmen, da sich aus seiner Aussage eine wesentliche Klärung des Sachverhaltes ergeben würde. Gegen diesen Antrag wandte sich der Verteidiger Dr. Wolff mit erregten Worten und protestierte, daß A. Uderstraße nochmals als Zeuge vernommen würde, nachdem er seine Aussage bereits verweigert habe. Er könne lediglich als Angeklagter hier vernommen werden. Ich frage den Herrn Staatsanwalt, rief Dr. Wolff aus, und bitte um schnellste Aufklärung, wie es möglich ist, daß A. Uderstraße bei seiner Verhaftung

2000 Mark abliefern

konnte, obwohl er seit November arbeitslos ist. Ich frage weiter, wie es möglich ist, daß dieser Mann, dem die Zeile Harbich gar nicht bekannt war, im Gefängnis an die Zeile Harbich herangeführt ist und ihm dort 2000 Mark angeboten hat, wenn er die ganze Schuld auf die Partei laßt. — Vorsitzender (erregt): Meinen Sie mit den politischen Stellen etwa das Gericht? — Dr. Wolff: Nein. — Staatsanwalt Dr. Kerner: Aber doch wohl die Staatsanwaltschaft? — Dr. Wolff: Wir haben doch wohl noch eine politische Polizei, nicht wahr?

Ein Antrag R. A. Dr. Wolffs, die Verhandlung auszusuchen, damit die Verteidigung weitere Erklärungen über den Zeugen einziehen könne, wurde abgelehnt.

Hierauf wird der Zeuge A. Uderstraße hineingeführt. Nachdem ihm der Vorsitzende auf sein Zeugnisverweigerungsrecht aufmerksam gemacht hat, stellt er ihm die Frage, ob irgend jemand an den Zeugen herangeführt sei, um ihn zur Aussage zu veranlassen, ob ihm eine Belohnung, ein Zustandspaß oder sonst eine Vergünstigung dafür versprochen worden sei. Der Zeuge verneint die Frage und erklärt auf weiteres Befragen des Vorsitzenden, daß er auslegen wolle. Er behauptet, daß er in der kommunistischen Partei agitatorisch und organisatorisch tätig gewesen sei. Mit militärischen Angelegenheiten habe er nichts zu tun gehabt. Vorsitzender: Haben Sie irgendwelche Listen aufgestellt, gesammelt oder abgeschrieben? — Zeuge: Ich weiß wohl von solchen Listen, aber ich habe nichts damit zu tun. Bei dem Angeklagten Harbich waren solche Listen. — Vorsitzender: Die Angeklagten behaupten, daß Sie dem Harbich diese Listen untergebracht haben oder daß Sie sie ihm diktiert haben, weil Sie ein Spion seien. — Zeuge: Das ist mir ganz fremd. Ich habe mich um die militärischen Angelegenheiten gar nicht bekümmert. Das ist ja ein Reflex in der Partei, mit dem ich gar nichts zu tun habe. Dann schließt der Zeuge den Verkauf einer Bezirkskonferenz in Essen, in der Schröder ihm mitgeteilt habe, daß er jetzt die militärischen Fragen bearbeite und daß er in Dortmund einen zuverlässigen Mann gebrauche. Daraus habe er, A. Uderstraße, Harbichs Adresse angegeben. — Vorsitzender: Haben Sie auch von Harbich etwas über militärische Dinge gehört? — Zeuge: Jawohl. Im Herbst v. J. hielt Zaiser auf einer Konferenz in Essen

Referat über die Lehren des Rapp-Buches.

Er betonte, daß das, was im Rapp-Buch passiert sei, nicht wieder vorkommen dürfe. Er meinte damit den Mangel an einheitlicher Leitung. Für die Zukunft sei es notwendig, ein Führergerippe zu schaffen, das bei einer Aktion in Kraft treten sollte. — Vorsitzender: Was verstehen Sie denn unter einer zukünftigen Aktion? — Zeuge: Den Kampf der Arbeiterklasse um die politische Macht. Dieser Kampf muß infolge der Wirtschaftskrise mit einem Generalstreik beginnen und dann zum offenen Aufstand der Arbeiter gegen die beherrschende Klasse werden. — Vorsitzender: Sollte der Kampf nicht erst von den Rechtsorganisations- oder von Seiten der Reichswehr beginnen? — Zeuge: Damit haben wir wohl gerechnet, aber das war nicht ausschlaggebend. — Vorsitzender: Hatte Ihre Armee denn Waffen? — Zeuge: Darüber bin ich nicht genau orientiert. — Vorsitzender: Mehrere der Angeklagten haben behauptet, daß die kommunistische Arbeiterklasse sich im Fall eines Rechtsputches der Regierung zur Verfügung stellen würde. — Zeuge: Das ist nicht kommunistische Politik. Ich als Kommunist kann niemals die Verfassung wahren. — Vorsitzender: Von wem haben Sie denn etwas über die militärische Propaganda gehört? — Zeuge: Von Schröder. Sie hat in M. B. ein Essen. Ihre Beschäftigung bestand in der Agitation. Sie hat die militärischen Organisationen und rechtsstehenden Kreise mit kommunistischen Geist zu befeuern. — Vorsitzender: Sie hat also die Zerkleinerung in Reichswehr, Sipps usw. Das ist die M. B. sich auch damit beschäftigt, eine neue Armee aufzustellen? — Zeuge: Das war Aufgabe anderer Abteilungen. — Vorsitzender: Die Militärpropaganda war doch in Berlin und nicht in Essen. — Zeuge: Berlin war die Reichszentrale als höchste Instanz. In Essen war die Bezirkszentrale, in der Schröder, Zaiser, Kabbich und andere saßen. Auch in Düsseldorf gab es eine Zentrale, die M. D. P. genannt wurde. Von dort ist mir nur bekannt, daß ihr Klinkmüller angehört hat, der als militärischer Oberleiter von Düsseldorf bekannt war. Das habe ich von Schröder und Harbich gehört. — Vorsitzender: Nun sagen Sie mir einmal,

weshalb machen Sie hier so offene Aussagen?

Wie sind eine solche Offenherzigkeit hier gar nicht gewohnt. Ich wundert mich über Ihre belastenden Aussagen. Sie müssen sich doch fragen, daß die Angeklagten eventuell gegen Sie vorgehen. Tun Sie das nun aus Wahrheitsliebe oder aus Furcht gegen die Angeklagten oder schließlich deshalb, weil Sie ein Spion sind? — A. Uderstraße: Ich sage deshalb die volle Wahrheit, weil ich einen Teil gegen diesen Prozess habe, weil ich der Ansicht bin, daß sich die kommunistische Partei mit diesem Prozess beschmeißelt und weil die Verteidiger und die Angeklagten dazu übergehen, Leute, die mit der Sache nichts zu tun haben, als Spion zu verdächtigen. Ich weiß, daß Harbich in der Korruptionssache wahrheitsgetreu ausgesagt hat. Erst in der Verhandlung hat er unter dem Einfluß von irgend einer Seite angefangen, mich zu belästigen. Das ist ja das Prinzip; wenn mal eine militärische Sache hochliegt, irgend jemand als Spion und als Angehöriger der Partei lebend zu bezeichnen. — Vorsitzender: Auch wir waren hier alle sehr erstaunt, als im Verlauf der Verhandlung erst allmählich, dann immer bestimmter die Behauptung auftauchte, Sie seien ein Spion. — Zeuge: Ich habe in der Zeitung gelesen, daß Harbich mir die Schuld gibt, daß ich der Staatsanwaltschaft Material über ihn geliefert hätte. Harbich weiß ganz genau, daß er in Dortmund durch seine Unachtsamkeit eine Anzahl von Papieren verloren hat und diese in

die Hände der christlichen Arbeiterklasse gelangt

sind. Auf diesem Wege hat dann der Staatsanwalt etwas davon erfahren. — Vorsitzender: Angeklagter Harbich, was sagen Sie dazu? — Angeklagter Harbich: Ich habe wohl eine Anzahl von Papieren verloren, aber das waren nicht viele. Ich habe kurz vor meiner Verhaftung mein Material verbrannt und auf Verlangen von A. Uderstraße habe ich es dann nochmals niedergeschrieben. — Zeuge A. Uderstraße: Das stimmt nicht. Ich habe den Harbich wiederholt Vorhaltungen über seine Unachtsamkeit gemacht. Ich habe ihm ausdrücklich gesagt, daß er das Material sorgfältig aufbewahren müsse und habe ihm eine Adresse gegeben, wo er es sicher aufbewahren kann. (Zu Harbich erregt): Es ist keine Schuld, daß das Material nicht früh genug fortkam. Auf mich wolle ich jetzt die ganze Schuld abwälzen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er den Angeklagten Harbich im Gefängnis 2000 M. angeboten habe, wenn er die kommunistische Partei belaste, antwortet der Zeuge: Das ist völlig ausgeschlossen. — Rechtsanwalt Dr. Wolff (zum Zeugen ausgeschrieben): Sie sind doch überzeugter Kommunist. Wissen Sie gewandt: Sie sind doch Genossen nicht durch Ihre Aussagen, daß Sie als solcher Ihre Genossen nicht durch Ihre Aussagen belasten dürfen, zumal vor einem bürgerlichen Gericht.

Zeuge: Daß weiß ich wohl, aber das ist mir ganz egal. Für mich gibt es hier nur ein Ja oder Nein. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Ist Ihnen von irgend einer Seite geraten worden, nach Cassel zu fahren und sich hier als Zeuge vernemen zu lassen. — Zeuge: Die Parteileitung hat mir den Rat gegeben, unter keinen Umständen zum Prozess zu fahren, ich hätte aber trotzdem die Absicht, herzukommen. — Rechtsanwalt Dr. Wolff:

Woher hatten Sie die 2000 Mark?

die Sie bei Ihrer Verhaftung abliefern? — Zeuge zögert mit der Antwort. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Geben Sie mir die Antwort hierauf, auch auf die Gefahr hin, daß Sie die Partei bloßstellen. — Zeuge: Ich habe 500 M. aus der Kasse der V. R. P. D. erhalten. Die übrigen 1500 M. sind zum Teil der Erlös aus dem Verkauf von Hausat. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Sie sind doch längere Zeit krank gewesen und haben keine arbeitsfähige Arbeit gehabt. — Zeuge: Harbich weiß doch ganz genau, woher man Geld bekommt, wenn man welches braucht. — Staatsanwalt Dr. Kerner: Haben Sie als Parteifunktionär gearbeitet? — Zeuge: Jawohl. Ich habe für die Tage, an denen ich fernbleibe und nur für die Partei arbeite, genügend Geld bekommen. Auch der ausfallende Lohn wurde mir ersetzt. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Haben Sie auch an Besprechungen teilgenommen, in denen über die militärische Propaganda gesprochen wurde. — Zeuge: Jawohl. — Auf weiteres Befragen erklärt A. Uderstraße, er habe auch französische und englische Flugblätter für das besetzte Gebiet verteilt. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Woher wolle Sie denn wissen, daß die sogenannte militärische Abteilung ein Gebilde der kommunistischen Partei ist? — Zeuge (sehr erregt): Das hat mir Schröder selbst gesagt. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Ist Ihnen denn nicht bekannt, daß eine Art rote Armee sich nach dem Rapp-Buch als reine Abwehrorganisation gebildet hat? — Zeuge: Mir ist nichts davon bekannt, daß Sie nur eine Abwehrorganisation darstellen sollte. — Vorsitzender: Was würden Sie denn machen, wenn das Gericht nun beschließen sollte, Sie zu verurteilen? — Zeuge: Ich hätte auch in diesem Fall meine Aussagen restlos aufrecht. Ich könnte noch mehr sagen, als dem Gericht bekannt ist.

Dann liest Rechtsanwalt Dr. Wolff die am Freitag begonnene Reihe der von ihm gestellten Beweisurteile fort. Er beantragt die Verlesung weiterer Urteile. U. a. dadurch, daß ein Rechtsputch bevorstehe. U. a. beantragt er auch die Verlesung des Aktenministers Dr. Simons als Zeugen dafür, daß ihm bestimmte Nachrichten zugegangen seien, wonach bezerrigete Pläne von rechts für den Fall vorbereitet seien, daß die Parteiliche Bedingungen in London von Deutschland angenommen seien. — Staatsanwalt Dr. Kerner erklärt darauf, daß für den Fall, daß das Gericht diesen Antrag hätte, er selber Zeuge aus den Reihen der V. R. P. D. und A. F. D. darüber reden würde, daß die kommunistische Partei im Begriff sei, im Ruhrgebiet, Thüringen, Braunschweig, Hannover und Hamburg erhebliche militärische Formationen zu Angriffswegen aufzustellen.

Das Gericht beschloß, die 40 Urteile der Verteidigung abzulesen, da das Gericht als richtig unterstellt, daß die Angeklagten an eine Rechtsorganisation geglaubt haben. Das Gericht beschloß ferner, lediglich Frau A. Uderstraße als Zeugin zu laden. Dann wurde die Verhandlung auf Mittwoch vormittag vertagt. Am morgigen Dienstag findet im Amtsgericht Charlottenburg in Gegenwart eines Mitgliedes des Gerichtes die Vernehmung des Sachverständigen Gerichtsschreibers Dr. Tetsch über die Papiere des Angeklagten Klinkmüller statt. Das Urteil ist am Freitag zu erwarten.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit

Reichskonferenz der V. R. P. D. der Metallarbeiter

Auf Veranlassung des Fraktionsvorstandes der V. R. P. D. Metallarbeiter wurde am gestrigen Montag in Berlin eine Reichskonferenz der kommunistischen und der mit der Metallarbeiter Gewerkschaftsinternationale sympathisierenden Metallarbeiter, abgehalten. Trotzdem für diese Konferenz zwei Verhandlungstage vorgesehen waren, wurde sie bereits am gleichen Tage beendet. Man hatte Mangel an geeignetem Verhandlungsmaterial. Länger als einen Tag nur auf die Gewerkschaftsbureaukratie zu schimpfen war wohl selbst den Kommunisten zu viel. Neues wäre zu dem üblichen Sogway wohl nicht mehr hinzuzufügen gewesen.

Nach Eröffnung durch Ziese-Berlin wurde das Bureau gewählt: Ziese-Berlin und Roth-Schillingen zu Vorsitzenden, Freitag-Lungwitz, Kunze-Kemtschid, Clara Caspar-Berlin zu Schriftführern.

Richard Müller-Berlin hielt dann ein Referat über die „Aufgaben der sozialen Revolution“. Er schimpfte tüchtig auf die „Gewerkschaftsbureaukratie“, die unter Führung von Dikmann sowie der Mehrheit des Hauptvorstandes der Metallarbeiter verschuldet hätte, daß Tausende von Mitgliedern der Gewerkschaft den Rücken kehren und der Gründung der Union und sozialistischen Verbände Vorwand geleistet hätten. Dagegen müssen sich die kommunistischen Gewerkschaftler wenden und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, die Gewerkschaftsbureaukratie, denen heute leider noch Millionen von Proletariatsnachkommen zum Leibel jagen. „Nur wenn es uns gelingt, die Gewerkschaftsbureaukratie zu beseitigen, wenn wir dieses Bollwerk der Bourgeoisie beseitigt haben, dann erst wird es möglich sein, die Bourgeoisie selbst zu beseitigen und die kommunistische Welt Herrschaft zu errichten.“ Das war ungefähr der Grundgedanke des Referats von Müller. Er stellte dann nach der Behauptung auf, daß sich Dikmann sowie die Mehrheit des Hauptvorstandes über die Beschlüsse des Verbandstages wie auch über die Bestimmungen des Statuts hinwegsetzen. Die Politik der Gewerkschaftsbureaukratie von Leipziger bis Dikmann wäre ein einziger Verrat an den Interessen des Proletariats. Dessen ungeachtet werde sich die kommunistische Opposition nicht provozieren lassen. Sie werden nicht freiwillig aus den Gewerkschaften austreten, sondern im Gegenteil sich mit aller Schärfe gegen gewaltsame Ausschüsse wehren. Auch die Genossen, die in den Unionen und bei den Spitzkassen organisiert sind, müßten erkennen, daß nur innerhalb der Gewerkschaften der Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaukratie wirksam geführt werden kann. Nur wenn dies geschieht, wird die Errichtung der proletarischen Diktatur verwirklicht werden können. (Beifall.)

Rühn-Chemnitz gab hierauf den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es seien 21 Delegierte aus insgesamt 150 Orten vertreten. Diese Orte hat die Kommission zu Bezirken zusammengelegt. Bezirk Wasserkrante (14 Orte) 21 Delegierte, Bezirk Brandenburg (8 Orte) 61 Delegierte, davon Berlin 44 Delegierte, Bezirk Mitteldeutschland (58 Orte) 64 Delegierte, Bezirk Sachsen (19 Orte) 25 Delegierte, Bezirk Schlesien und Ostpreußen (22 Orte) 24 Delegierte, Bezirk Rheinland-Westfalen (24 Orte) 36 Delegierte, Bezirk Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Baden, insgesamt 10 Orte) 11 Delegierte.

Ziese stellte fest, daß die Mehrheit des Hauptvorstandes der Einladung zum Besuch der Konferenz nicht Folge geleistet hat. An der hierauf einsetzenden Diskussion über das Referat Müller beteiligten sich Karl-Rürnberg, Kunze-Frankfurt, Richter-Berlin, Sanger-Berlin, Herr-Hamburg, Rameka-Düsseldorf, Weststein-Homburg, Lorenz-Ottensheim. Die Diskussionsredner stimmten im allgemeinen den Ausführungen von Müller zu.

Eine von Richard Müller zu seinem Referat eingebrachte Resolution, die die Forderungen des bekannten Ossun-Briefes der V. R. P. D. enthielt, wurde — selbstverständlich einstimmig — angenommen. Gleichfalls einstimmig wurde eine von Rühn eingebrachte Resolution angenommen, die sich gegen die von Hauptvorstand der Metallarbeiter betriebene Politik richtete.

D. Rühn-Berlin, der noch ein Referat über die Mittel zur Wahrung der Einheit der deutschen Gewerkschaften halten sollte, verzichtete darauf, da er nichts mehr zu sagen hatte. Man ging deshalb gleich zum dritten Punkt der Tagesordnung über: Stellungnahme zur Besetzung des Rates internationalen

Gewerkschaftskongresses in Moskau. Nach einem kurzen Referat Rühns, der über die Zusammenlegung des Moskauer Kongresses Mitteilungen machte, wurde ein Antrag angenommen, der besagt, daß die Reichskonferenz der kommunistischen Metallarbeiter drei Delegierte zur internationalen Gewerkschaftskonferenz nach Moskau entsende, da der Vorstand des Metallarbeiterverbandes auf eine Einladung des Moskauer Rates der Fach- und Industrieverbände nicht antwortet hätte. Man macht sich also an, Aufgaben zu erfüllen, von denen man durch diese Inerbindung bringen der Delegation und der Ablehnung des Hauptvorstandes selbst zugibt, daß es Aufgaben des Hauptvorstandes wären. Gewählt wurden Richard Müller-Berlin, Hausding-Chemnitz und Greiß-Wiesbaden als Delegierte nach Moskau. Wer bezahlt das Vergnügen?

Zu Punkt Verschiedenes gab Richard Müller den Delegierten Rechtsbelehrungen, wie sie sich zu verhalten hätten, falls der Hauptvorstand zum Ausschluß aus der Organisation schreiten sollte. Fiedler-Essen machte hierzu den Vorschlag, alle Kommunisten, die wegen ihrer politischen Haltung aus der Organisation ausgeschlossen werden, in eine Fraktion der Ausgeschlossenen aufzunehmen. Rühn-Chemnitz, Weber-Kemnitz und Schroedel-Eberwalde betonten, daß man gegen solche Gewaltmaßnahmen des Vorstandes einwenden könnte. — Müller-Stuttgart (vom Hauptvorstand) erklärte, daß es nicht gut sei, daß man heute von den Delegierten so viel vom Ausschluß geredet werde, da man in diesem Saal nicht unter sich sei. Auch hätte er während seiner Tätigkeit im Hauptvorstand die Erfahrung gemacht, daß sich die Genossen recht dumm benahmen, wenn der Vorstand ein Verfahren gegen sie einleitet. Die Kosten eines solchen Verfahrens, so z. B. Reisekosten und Speisen müssen die Ortsvereinigungen tragen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden Roth-Schillingen mit einem Hoch auf die kommunistische Internationale geschlossen.

Man fragt vergeblich nach Sinn und Zweck der kostspieligen Uebung.

Etat des Reichsverkehrsministeriums

Zu Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages gab Minister Gröner noch einige interessante Zahlen u. a. über Lokomotivbestand und den Stand der Ausbeuerung. Die betragen vor dem Kriege 19.1 Prozent, gegenwärtig aber 42.2 Prozent. Genosse Brenning stimmte den Bestrebungen des Ministers auf wirtschaftlichem Gebiet vielfach zu. Er wies ferner an Hand des Etats der preussischen Eisenbahnverwaltung von 1915 nach, daß die Eisenbahnschuld damals bereits rund 8 1/2 Milliarden und damit 75 Prozent der Staatsschuld überhaupt betrug, daß ferner ein so hervorragender Fachmann wie Geh. R. Kirchhoff in der Sitzung des Sachverständigenrates am 4. November 1920 konstatierte, daß die preussischen Staatsbahnen z. B. finanziell mehr ausgelagert waren, als öffentlich bekannt war, und wären bei dem Ausaugungsstadium auch ohne Weltkrieg schließlich zusammengebrochen. Genosse Brenning knüpfte an die Ausführungen des Ministers an und forderte ihn auf, jene Elemente in den Kreisen der oberen leitenden Beamten, die sich der Neuordnung widersetzen und sich nicht den neuen Verhältnissen anpassen wollen, rücksichtslos von ihren Ämtern zu entfernen. Weiter verlangte unser Redner im Gegenlatz zu dem Minister, der den 1. April 1921 als „großes Unglück“ bezeichnete, das „wieder repariert“ werden müßte, daß der Arbeitsdienst restlos durchgeführt werde. Er wies darauf hin, daß die Eisenbahnverwaltung in letzter Zeit dazu übergegangen sei, den immer als Beispiel gegen die schematische Durchführung des Arbeitsdienstes angeführten Schrankenwärter in ihre bisherige Nebenbeschäftigung, wie Instandhaltung der Uebergänge, Straßen und eines bestimmten Teils der Straßen, einzusetzen. Anscheinend zu dem Zweck, die Agitation gegen den Arbeitsdienst noch mehr zu befeuern. Den Schrankenwärter nennt man, und das Betriebspersonal meint man. Gute Leistungen könne man nur durch gute Bezahlung und Behandlung erzielen. Notwendig sei eine grundlegende Reform nach technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten, ebenso die Stärkung der Heranziehung der Techniker und Volkswirte, Vereinfachung der Verwaltung, Schaffung einer Einheitsmengenklasse, Verbesserung und Wiederherstellung des Verkehrs. Er beklagte die Ursachen des Defizits an Hand einiger Beispiele, wie Materialverschwendung, zu billige Vermietungen von Anschlaggeräten, Bahnhofswohnungen usw.

Hg. Hoch (Soz.) begründete eine von ihm eingebrachte Resolution, daß im Eisenbahnbetrieb möglichst Erparnisse durchgeführt und die Tarife soweit erhöht werden sollen, als es unermesslich sei, um ohne Reichsschulden auszukommen. Bei der Tarifierhöhung muß der Reichstag befragt werden. — Hg. Dr. Hoeck (Centr.): Einnahmen und Ausgaben lassen sich zum Teil auch durch die Tarifierhöhung ausgleichen, doch man die Ausgaben durch technische und wirtschaftliche Neuerungen vermindert. Die Ueberfälle der Eisenbahn vor dem Kriege waren zum Teil nur auf Kosten des Personals der Eisenbahn möglich. Wie liegt es mit dem Erlass für Diebstahl? — Minister Gröner: Alle Entschädigung für Verlust und Beschädigung von Gütern wurden bezahlt: im Jahre 1913 7 Millionen M., 1914 4,2 Millionen M., 1915 2,2 Millionen M., 1916 1,9 Millionen M., 1917 87 Millionen M., 1918 148 Millionen M., und 1919 286,8 Millionen M. Für Wohnungsnotlage sind im Haushaltsjahr 1920 185 Millionen M., für 1921 200 Millionen M. ausgesetzt. Die Schaffung des technischen Staatssekretärs ist als Entlastung für den Minister und den administrativen Staatssekretär notwendig. — Genosse Brenning frante, welche Schritte unternommen worden seien zur Vereinfachung der Reichsbahnverkehrs-pflege in der Reichseisenbahnverwaltung, ferner zur Verbesserung der sanitären Einrichtungen, für Tuberkulosebekämpfung und für das Bildungswesen. — Fortsetzung der Beratungen am Dienstag.

Aus schneiden!

Druckfache
an die
Hauptredaktion der „Freiheit“
Berlin C2
Breite Straße 8-9

12

Der Reichstag als Schutzherr der Orgelesch

Sitzungsbericht

71. Sitzung, Montag, den 28. Februar.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird ein von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, eingebrachter Gesetzesentwurf betreffend Forderung der Bekanntmachung über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden in allen drei Lesungen angenommen. Es folgt die erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über

die Entlassung der Bevölkerung

vom 7. August 1920. Der Entwurf verlängert die Entlassungsfrist bis zum 1. Juli 1921. — Dazu liegt ein unabhängiger Antrag vor, der die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren fordert.

Abg. Goldmann (H. Soz.):

Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, was die bayerische Regierung über die Entlassung der bayerischen Einwohnerwehren der Reichsregierung für Beschlüsse übermittelt hat. Das Entlassungsgesetz hätte längst auch in Bayern zur Anwendung kommen können. Geht es aber bisher nichts. Die Regierung brüht allen reaktionären Provokationen gegenüber die Augen zu. Es ist eine Forderung, wenn man diese Einwohnerwehren als Selbstschutzorganisationen bezeichnet. In Wahrheit sind sie nichts als Instrumente der Gegenrevolution. Das Ring-Hotel in München ist der Herd aller gegenrevolutionären Bestrebungen in ganz Deutschland. Die Warnungen der Herren Stinnes und Minister Simons vor einem Rechtspolitisch kennzeichnen die ernste Bedeutung dieser immer unerschütterter aufstrebenden Bestrebungen. Die Regierung nahe ist nur das ausübende Organ des Ring-Hotels und dürfte gar nicht wagen, zur Auflösung der Einwohnerwehren etwas zu unternehmen. Dabei herrscht in Bayern eine solche Ruhe, daß die Einwohnerwehren völlig überflüssig geworden sind. Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die bayerische Bauernschaft, erkennt schon, zu welchem Unheil diese Organisationen führen werden; der Kollege Eisenberger hat ja schon vor dem hergelaufenen reaktionären Gesindel gemerkt, dem in Preußen der Boden zu heiß geworden sei. Bei alledem wird das Entlassungsgesetz von der bayerischen Regierung mit höchster Nichtachtung behandelt; unter Aufstellung wahrheitswidriger Behauptungen wird jeder Vorstoß gegen die Einwohnerwehren zurückgewiesen.

Die bayerische Regierung hat die Öffentlichkeit bewußt irregeführt,

als sie erklärte, der größte Teil der in Bayern vorhandenen Waffen sei in den Händen absolut zuverlässiger Selbstschutzorganisationen. Zu allem nimmt man nun noch den wenigen sozialistischen Mitgliedern die Waffen weg und gibt sie an reaktionäre Elemente. Diese ganzen Vorgänge müssen die Reichsregierung zwingen, zu erklären, ob sie nur zum Schein die Entlassung vornehmen will, oder ob es ihr Ernst ist damit. Mit der bloßen Verlängerung des Gesetzes ist nichts getan. Die Entente legt auf die Entlassung den größten Nachdruck. Bei der Entlassung der Einwohnerwehren handelt es sich nicht um die Kapitalisierung der Regierung, sondern darum, daß mit der einzigen bayerischen Regierung alle militärischen alldutschen Elemente kapitulieren müssen. Nicht in den kleinen Schützengruppen und Soldatenvereinen, sondern in dem unbewachten In-Dienst-stellen der Reaktion liegt dabei das gefährliche der Sache. Hier wird der ganze Konfliktsstoff innerpolitisch und außenpolitisch ausgehäutet. Nicht Wood und Einbruch, womit man das Weiterbestehen der Selbstschutzorganisationen rechtfertigen will, sondern in dem Weiterbestehen der Einwohnerwehren selbst liegt die einzige Gefahr für Bayern. In dem Augenblicke, in welchem die Delegation nach London abgereist ist, muß deren Arbeit durch sofortige Entlassung der Einwohnerwehren unterläßt und der überflüssige Konfliktsstoff beseitigt werden. (Beif. b. d. Unabh. Soz.)

Reichsminister des Innern Dr. Roth: Die Reichsregierung hält sich — unbestimmt um irgendwelche turbulente Reaktionen — an die Erklärung der bayerischen Regierung, nach der sie die letzte Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen der Reichsregierung zuzustimmen. Dem Reichstage wird bis zum 15. März ein Gesetz über dem Friedensverträge widersprechende Organisationen zugehen. Heute, am Vorabend der Konferenz von London, will die Reichsregierung eingehende Darlegungen vermeiden. (!!!) Sie erachtet es heute für ihre dringende Pflicht, die Einheit des

Vollkes gegenüber den drohenden Gefahren aufrecht zu erhalten. (Unruhe und Zwischenrufe bei den Komm. und U. Soz.) Abg. Bogel (Soz.): Mit Rücksicht auf die eigenartige Entwicklung der Verhältnisse in Bayern würden wir es unverantwortlich finden, wenn wir dem Antrag nicht zustimmen würden. Bei den Entscheidungen der Pariser Konferenz über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen haben wir es mit bindenden Beschlüssen zu tun, über die in London zu reden kaum nötig und möglich sein wird. Die Reichsregierung und die Koalitionsparteien einschließlich der bayerischen Volkspartei und des bayerischen Bauernbundes waren sich durchaus einig, die Entlassungsforderungen lokal durchzuführen. Ueberraschenderweise hat sich dann die bayerische Volkspartei auf einen Standpunkt gestellt, der dem Standpunkt ihrer Vertreter im Reichstag durchaus entgegensteht. Man erzählt sich, daß die letzte Note der bayerischen Regierung an die Reichsregierung so gehalten sei, daß

die Reichsregierung sich schämt, sie zu veröffentlichen, sie soll aufreizend wirken zu aktivem und passivem Widerstand gegen die Entlassung. Die Ungehörigkeit in der bayerischen Regierung zeigt sich in der Gegenüberstellung der folgenden beiden Ausprüche gegen diese Praxis der Regierung Roth. Der Reichskommissar Dr. Betzels erklärte, er habe in einer Unterredung mit Roth die Ueberzeugung gewonnen, daß die bayerische Regierung auf dem Boden der Entlassung stehe und der bayerische Landtag Dr. Prager erklärte wörtlich im Reichstag, daß sich die bayerische Regierung im Hinblick auf die Pariser Beschlüsse, wenn auch mit großem Bedenken, der Entlassungsaktion nicht entziehen werde. Auf der anderen Seite fordert Eicherich seine Bekehrte zum Widerstand auf und zu festem Zusammenhalt, und sein Vertrauter Konzler empfahl allen Nichtbayern, die Bayern zum Zwecke der Entlassung betreten sollten, vorher ihr Votum zu machen. Hiernach kann man auch den Wert des neuesten Eicherich-Rundschreibens beurteilen, in dem dieser vor einem erneuten Kapp-Putsch warnt. Die Führer der bayerischen Einwohnerwehr haben erst kürzlich einstimmig beschlossen, einer befristeten Entlassungsaktion mit allen Mitteln Widerstand zu leisten. Es wird mir außerordentlich schwer, das anzusprechen, aber ich muß doch darauf hinweisen, daß gewisse einflussreiche Kreise in Bayern bei ihrem Widerstand gegen die Reichsregierung im Einverständnis mit der Entente zu handeln scheinen. (Beif. rechts.) Es ist festgestellt worden, daß Kanalar den Plan hatte, mit Unterstützung des Kapitänleutnants Ehrhardt den Anstich Österreichs und die Lösung Bayerns vom Reiche unter einer besonderen Monarchie durch einen militärischen Gewaltstreik ins Werk zu setzen. Kommunisten und Deutschnationalen gehen in Bayern Hand in Hand.

Bayern wird von der Entente als der schwächste Punkt der deutschen Republik empfunden, und dort legen alle Bestrebungen ein, die deutsche Einheit zu zerstören. Die Mitglieder der Organisationen der „Landeshuthe“ sind verpflichtet, unter keinen Umständen Waffen abzugeben; im Fall der Zwangsübernahme verfallen sie der Feme. Wir Sozialdemokraten aber wollen das deutsche Volk nicht an dieser Abenteuerpolitik zu Grunde gehen lassen, und stimmen dem Gesetz nur in der Erwartung zu, daß der Reichskommissar endlich eingreift und von seinen Befugnissen Gebrauch macht.

Abg. v. Graefe (D. N.): Wir halten diese Debatte in diesem Augenblicke für schädlich und überflüssig. Die Weigerung unterer bayerischer Brüder, sich nach den Erfahrungen der Käte-regierung wehrlos zu machen, halten wir für voll auf berechtigt.

Abg. Dr. Veal (Komm.): Die Regierung hätte in den sieben Monaten längst die Entlassung durchführen können. Ihr ganzes Verfahren war ein Schach auf die Verwicklungen bei dem Erlaß des Gesetzes. Die ganze Aktion ist einseitig gegen die Arbeiterschaft durchgeführt worden, in der Art und Weise wie die Regierung mit dem Entlassungsgesetz dem Friedensvertrag nachkommen will, liegt eine Unannehmlichkeit schlechten Glaubens, und bösen Willens. Weil wir kein Vertrauen zu der Regierung haben, lehnen wir das Gesetz ab, das nur eine Waffe gegen links ist.

Abg. Brüninghaus (D. N.) gibt namens der Regierungsparteien folgende Erklärung ab: „Da die gesetzlichen Bestimmungen über die Entlassung im allgemeinen zu Beanstandungen keine Veranlassung gegeben haben und die Entlassungsaktion auf Grund der erlassenen Bestimmungen Ergebnisse erzielt hat, die weit über die Schätzung hinaus gehen, wird die Forderung des Gesetzes gemäß der Entlassung, wie sie die Unabhängigen verlangen, für überflüssig, ja für schädlich

Oberschlesier!

1. die nach dem 1. 10. 1920 ins Reich verzogen.
2. die nur vorübergehend sich außerhalb Oberschlesiens aufhalten.

Ihr braucht Passierscheine!

1. In Oberschlesien geborene und dort bis 1. Oktober 1920 wohnhaft gewesene Stimmberechtigte (Kategorie A) und außerhalb Oberschlesiens geborene Abstammungsberechtigte, die seit dem 1. Januar 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt bis 1. Oktober 1920 dort ununterbrochen gewohnt haben und nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstammungsgebiete verzogen sind (Kategorie C).

2. alle Stimmberechtigten der Kategorie A, die noch heute im Abstammungsgebiete ihren ständigen Wohnsitz haben, z. Zt. aber sich außerhalb des Abstammungsgebietes aufhalten (z. B. Studierende, Geschäftsreisende, Saisonarbeiter usw.), müssen zur Einreise zur Abstimmung Passierscheine haben, die zugleich als Stimmkarte dienen. Diese Passierscheine werden nur auf schriftliches Gesuch nach vorgedrucktem Muster hin ausgegeben. Das Gesuch muß spätestens am

2. März 1921 beim Paritätischen Ausschuss eingetroffen sein. Formulare hierzu und Beratung erteilt jede Ortsgruppe der

Vereinigten Verbände helmschlesischer Oberschlesier.

gehalten. Sie könnte lediglich dazu führen, unnötige Unruhe in die Bevölkerung zu tragen und die im Gange befindliche Durchführung der Beschlüsse von Spaa zu stören. (Zustimmung rechts.) Wir werden daher die unabhängigen Entschlüsse ablehnen, zumal die Regierung, die wohl auf diesem schwierigen Gebiet die Verhältnisse am besten übersehen kann, die Verlängerung des Gesetzes nicht mehr für erforderlich erachtet. (Beif. b. d. Regierungsparteien.) Abg. Dr. Heim (Komm. V.): Der Rollenwechsel zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung ist nicht auf Wunsch der bayerischen Regierung geheim gehalten worden. Es ist auch nicht wahr, daß die bayerische Regierung sich in der Gefangenhaft Eicherichs und der militärischen Organisation befindet. Es ist mir eine Ehre, für Eicherich, den ich seit Jahren als einen edlen deutschen Ehrenmann kenne, solches abzulehnen (Beif. Bravo rechts.) Ebenso ist kein wahres Wort an den Unterredungen des Kapitänleutnants Ehrhardt mit Stinnes und dem Justizminister Roth, von denen die Presse in den letzten Tagen berichtete. Beide Herren kennen Ehrhardt gar nicht. Kapitänleutnant Ehrhardt ist durch das Amnestiegesetz freigesetzt worden und kann daher nicht verhaftet werden. Er ist ja auch nicht in Preußen von dem sozialistischen Polizeiminister verhaftet worden.

Die Einwohnerwehren sind ein Kind der sozialistischen Regierung. (Als Redner die Rede des kommunistischen Landtagsabgeordneten Eisenberger zitiert, die zu Gewalttätigkeiten auffordert, wird ihm unter großer Unruhe links zugeworfen: „Spiegelbericht“. — Der Abg. Kalsbahn (Komm.) ruft: Sie sind der oberste Eicherich, welchen Ausruß der Präsident rügt.) Dr. Heim fortsetzend: Was den drohenden Putsch betrifft, so sind gewiß Illusionen da, doch wir sind auf der Wacht.

Abg. Gruber (Soz.): Das Einverständnis zwischen bayerischer Regierung und Reichsregierung, das seinerzeit beinahe erreicht zu sein schien, ist wieder gestört. Roth erklärt jetzt, daß ein tatsächliches Einverständnis nie bestanden hat und daß er nicht gewillt ist, sich in der Entlassungsfrage der Reichsregierung zu fügen. Die bayerische Politik ist zweideutig, hinterhältig und hinterlistig. (Große Heiterkeit!) Die bayerische Regierung allein trägt die Schuld, wenn die Reichseinheit gefährdet wird. Der wirkliche Regent von Bayern, Dr. Heim, hat zu erklären gesucht, was die bayerische Einwohnerwehr für ein unschuldiges Kindlein ist. Wir leugnen die Vaterlosigkeit zu ihm nicht ab, aber aus diesem unschuldigen Kinde ist durch falsche Erziehung ein verächtliches Instrument der Reaktion geworden. Dr. Heim ist nur versassungstreu auf die Zeit. Er hat erklärt,

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew
Deutsch von Dr. C. D. Vaitsof

(16. Fortsetzung.)

Und als man mit vereinten Kräften, wie ein Lavaström in das Zimmerchen eindrang, wobei man die halbnackte Ujuba umstieß und den ganzen Raum mit Stiefeln, Schinells*) und Gewehren anfüllte, bot sich ihnen folgender Anblick dar: er sah auf dem Bette, in bloßem Hemde, seine nackten behaarten Beine schlankernd — sah da und schwieg. Da gab's weder eine Bombe noch sonst was Schreckliches. Da war nur ein ganz gewöhnliches Dirmenzimmer — schmuckig und etelhaft bei Tageslicht — ein zerdrücktes, breites Bett, in allen Ecken verstreute Kleidungsstücke, ein mit Porter begoffener und beschmutzter Tisch; und auf diesem Bett sah ein rafterter, breitnackiger Mann mit verschlafenen, angeschwollenen Gesicht und behaarten Beinen. Sah da und schwieg.

„Hände hoch!“ rief der Pristaw aus seiner Deckung heraus und umklammerte fester den Revolver in seiner schweißigen Hand.

Aber er hob weder seine Hände in die Höhe, noch gab er eine Antwort.

„Man durchsuche ihn!“ befahl der Pristaw.

„Aber es ist ja nichts da! Ich habe ja doch den Revolver weggetragen. O Gott!“ schrie Ujuba, vor Angst mit den Zähnen klappernd. Sie hatte Ujuba ein zerdrücktes Hemd an; inmitten der mit Schinells bedeckten Menschen riefen sie beide — der halbnackte Mann und das ebensolche Weib — Scham, Ekel und widerstrebendes Mitleid hervor. Man durchsuchte seine Kleidung, durchstöberte das Bett, durchsuchte alle Winkel, die Kommode — und fand nichts.

„Ich habe ja doch den Revolver weggetragen,“ wiederholte mechanisch Ujuba.

„Rau halten Ujuba,“ schrie sie der Pristaw an. Er konnte das Mädchen gut, übernachtete schon zwei bis dreimal bei ihr und glaubte ihr jetzt; doch dieser glückliche Ausgang kam für ihn so unerwartet — daß er vor Freude brüllte, Befehle erteilen und seine Macht zeigen mußte.

„Wie ist dein Familienname?“

„Ich sag es nicht. Ueberhaupt beantworte ich keine Fragen.“

Selbstredend — selbstredend, — meinte ironisch der Pristaw, bekam es aber doch ein wenig mit der Angst. Dann sah er seine nackten, behaarten Beine und diese ganze Scheußlichkeit an, blühte auch auf das Mädchen, die in einer Ecke bebte und bekam plötzlich Zweifel.

„Ist er es auch?“ fragte er den Detektiv, indem er ihn zur Seite führte. — „Mir ist, als ob...“

Der Detektiv sah sein Gesicht genau an und nickte bejahend mit dem Kopfe:

„Er selbst. Den Bart ließ er sich nur barbieren. An den Zohbeinen kann man ihn erkennen.“

„Die sind spitzbüschig... das stimmt...“

„Und sehen Sie doch die Augen an, den erkenne ich unter Tausenden an den Augen.“

„Die Augen ja. Zeigen Sie mir doch mal die Photographie.“

Er betrachtete lange das matte, nicht retuschierte Bild; darauf war er als ein sehr hübscher, ordentlicher junger Mann dargestellt, mit einem großen, russischen Vollbart. Der Ausdruck war allerdings vielleicht derselbe, aber nicht mitrücklich, vielmehr sehr ruhig und hell. Nur die vortragenden Zohbeine (Badenknochen) kamen nicht zur Geltung.

„Siehst du wohl, man sieht keine Zohbeine?“

„Die sind ja doch unter dem Bart. Wenn man aber die Augen zudrückt...“

„Schon recht... aber... hat er manchmal einen Kausch?“

Der lange, hagere Detektiv mit dem gelben Gesicht und spärlichen Bärtchen, selbst ein Quartalsäufer, lächelte wohlwollend:

„Sie pflegen nie einen Kausch zu haben.“

„Weiß er selbst, daß er nie einen hat. Aber... Hören Sie mal,“ der Pristaw trat auf ihn zu — waren Sie es, der an der Ermordung K's teilgenommen hat?“ Er nannte respektvoll einen sehr gewichtigen und bekannten Namen.

Jener aber schwieg und lächelte. Und schaukelte leicht das eine seiner behaarten Beine mit verkrüppelten, durch das Schuhwerk verunstalteten Fußgelen.

„Sie werden gefragt.“

„Aber lassen Sie ihn. Er wird ja doch nicht antworten. Warten wir den Rittmeister und den Sipatsanwaft ab. Die werden ihn schon zu reden zwingen.“

Der Pristaw lachte, aber es wurde ihm doch immer übler zu Mute. Als man unter das Bett kroch, verschüttete man etwas und nun roch es in dem ungelüfteten Raume sehr schlecht. „Wie etelhaft,“ dachte der Pristaw, obwohl er in bezug auf Keinlichkeit nicht anspruchsvoll war. Mit Widerwillen sah er auf das nackte, schaukelnde Bein. Er drehte sich um; ein junger, semmelblonder Schutzmantel mit fast weißen Wimpern blühte die Ujuba an und schmunzelte, wobei er sein Gewehr in beiden Händen, — wie ein Dorfnahtwächter seinen Prügel — hielt.

„Se, Ujuba, du Hundstößer, warum hast du nicht sofort angezeigt, wer sich bei dir befindet?“

„Aber ich habe doch...“

Der Pristaw schlug sie zweimal schneidig auf die Wangen, auf die eine, dann auf die andere.

„Da hast du! Da und da! Ich will dir zeigen.“

Jener hob die Augenbrauen und hielt mit dem Schaufeln inne.

„Das gefällt Ihnen wohl nicht, Junger Mann?“ — der Pristaw verachtete ihn immer mehr. „Was ist da zu machen, Sie haben dieses Maul geküßt, und wir...“

Er lachte und die Schutzeute lächelten verlegen. Und was am wunderlichsten war — selbst die gekochene Ujuba lachte. Sie sah mit Behagen den alten Pristaw an, als freute sie sich über seine Aufgeräumtheit, über seinen heiteren Charakter — sah ihn an und lacht. Jener blühte sie seit dem Erscheinen der Polizei kein einziges Mal an; sie verriet ihm in aller Privatität und Offenheit; er aber sah das alles und schwieg und lächelte sogar eigen, wie wenn ein alter, verschimmelter, erbsünder Stein im Walde lächeln wollte. An der Tür aber scharten sich schon halbnackte Weiber; darunter waren auch die, welche gestern mit ihnen saßen. Aber sie blickten gleichgültig, mit stumpfer Neugierde drein, als begegneten sie ihm zum ersten Mal, und es war offenbar, daß sie sich von dem Gezirgen nichts gemerkt hatten. Bald vertrieb man sie.

Indessen wurde es vollends Tag und im Zimmer sah es noch abstoßender und ekliger aus. Zwei Offiziere, verschlafen, mit verdrückten Physiognomien, aber schon angekleidet und lauber, kamen zum Vorschein und traten ins Zimmer.

„Das geht nicht, meine Herren. Bei Gott, das geht nicht!“ sprach lässig der Pristaw und blühte ihn böse an. Sie kamen näher, betrachteten ihn vom Kopf bis zu den Füßen mit den trummen Zehen, besahen sich Ujuba und tauschten ungeniert ihre Wahrnehmungen aus.

„Ein netter Herr, das muß man sagen!“ sagte ein blutjunger Offizier, eben der, welcher alle zum Kotillon gerufen hatte. Er hatte in der Tat prächtige, weiße Zähne, einen weichen dichten Schnurrbart und schmeichlerische Augen mit langen, mädchenhaften Wimpern. Den Arzteilerten sah er mit einer Mischung von Ekel und Mitleid an und legte dabei sein Gesicht so in Falten, als wäre er bereit, ins Weinen zu geraten. „Jener“ hatte auf der linken, kleinen Zehe ein Hüdnerrauge und es war ganz eigentümlich unangenehm und peinlich, diese kleine, gelbliche Erhöhung anzusehen. Auch seine Füße waren ziemlich schmutzig. — „Ja, wie konnten Sie nur, mein Herr... ei, ei, ei!“ schüttelte der junge Offizier sein Haupt und folgte quälvoll dem Gesicht.

„Also so, mein Herr Anarchist!“ lachte ein anderer, älterer. „Ihr seid auch nicht jugendhafter, in puncto Weibchen. Das Fleisch scheint also auch bei euch schwach, wie?“

(Schluß folgt.)

*) Schinell — russischer Militärmantel aus dicken Tuch.

daß die Weimarer Verfassung durch Reichsbruch zustande gekommen sei, er hat selbst gesagt, daß eine Verfassungsänderung in den nächsten 10 Jahren nur auf gesetzlichem Wege möglich ist. (Zuruf des Abg. Dr. Strathmann (Dnat.): Na also!) Ich wundere mich, daß der Abgeordnete Strathmann, dieser Lügner und Verleumder in dieser Versammlung ernster Männer, überhaupt das Wort zu nehmen wagt. (Vizepräsident Dr. Bell ruft den Redner zur Ordnung.) Ich erkenne die Berechtigung des Ordnungsrufes an, diese Worte mühen aber gesagt werden.

Abg. Strathmann verteidigt sich in längeren, persönlichen Ausführungen gegen den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit und Verleumdung.

Abg. Braun-Franken (Soz.): Herr Strathmann bestrittet, un-macht zu sein. Ich stelle dagegen fest, er hat behauptet, daß unter Reichsflagge von Rathenau befehligt worden sei, daß die Wohnung des Reichspräsidenten große Geldsummen verlor, er hat eine diskrete persönliche Unterredung mit mir in einer öffentlichen Versammlung in Erlangen wiedergegeben.

Abg. Dr. Strathmann (Dnat.): Ich habe diesen Irrtum längst berichtigt, trotzdem wird er mir dauernd vorgehalten.

Damit ist die erste Lesung beendet; das Haus tritt sofort in die zweite Lesung ein.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) begründet einen Antrag seiner Partei, der die Streichung von § 1 Absatz 2 des Gesetzes verlangt. Ferner beantragt er einen neuen Paragraphen einzufügen, wonach die Pflicht zur Ablieferung der Waffen auch für einseitige Gefährte und Gemeinden gilt. — Ein Antrag Trimborn (Z.) will dem Verlängerungsgesetz die rückwirkende Kraft vom 1. März 1921 geben.

Reichskommissar i. d. Entwaffnung Dr. Peters: Wir sind am Schluß der Entwaffnungsaktion angelangt, jetzt kommt noch das Einmessen der Waffen. Also liegt keine Veranlassung vor, von § 1 des Entwaffnungsgesetzes die Hälfte zu streichen. Die Hälfte der Waffen ist bereits eingezogen. Auch bei den einzelnen Gefährten und Gemeinden ist eine Verringerung überflüssig.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Die Erklärung des Entwaffnungskommissars ist völlig ungenügend. (Zuruf rechts: Für Sie!) Sie wird auch dem deutschen Volke nicht genügen. (Lachen rechts.) Allerdings ist die Hälfte der Waffen eingezogen, nämlich die der Arbeiterklasse; die andere Hälfte hat man der Drachsel gelassen.

Die unabhängigen Parteien werden gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt, der Zentrumsantrag dagegen angenommen.

In der sofort vorgenommenen dritten Lesung wird das Gesetz gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Finanzministerium

Die zweite Lesung des Staatshaushalts wird darauf beim Finanzministerium fortgesetzt. — Dazu liegt eine sozialdemokratische Entschließung vor, die Regierung möge auf Privatdienstvertrag beschäftigte Angestellte bei Reichsbehörden nicht zu dem Zwecke entlassen, um sie durch nichtamtliche Arbeitskräfte, vor allem durch jugendliche Personen zu ersetzen. Ferner wird die Regierung ersucht, Entlassungen wegen Arbeitsmangel in einer Reihenfolge vorzunehmen, wie es durch die Bestimmungen über Einstellung und Entlassung und über Freimachung von Arbeitsstellen vorge-sehen ist.

Abg. Dr. Herß (U. S. P.)

erstattet den Ausschussbericht und erläutert eingehend seine Verhandlungen, insbesondere die über die angeleglichen Steuerhinterziehungen des Abgeordneten von den Kerthoff. Trotz des Wunsches des Finanzministers die Debatte im Ausschuss solange zu unterlassen, bis er Gelegenheit gehabt habe, das Material an Hand der Akten nachzuprüfen, habe der Ausschuss die Debatte fortgesetzt. Der Minister habe es abgelehnt, die angelegliche Ehren-erklärung des Finanzministers Bohwinkel zu bestätigen, da die Akten mehrere Verträge aufwiesen. So sei die Ehrenklärung des Finanzministers Bohwinkel gefallt. Es schwebte auch noch ein zweites Verfahren gegen Kerthoff, wegen Verstoßes bei der Steuerhinterziehung. Wichtige Akten seien entworfen worden, so daß die Untersuchung ihren Fortgang nicht habe nehmen können. Das Verfahren wegen Siegelbruchs sei vom Staatsanwalt nur eingeleitet worden wegen des Beschlusses des Reichstages auf Anwendung der Immunität. Nach diesen Darlegungen des Finanzministers hätte auch der Ausschuss anerkannt, daß das Ver- tum des Landesfinanzministers Dillfeld sich nicht mit dem des Finanzministers Bohwinkel decke. Es habe auch den Anschein, als wenn in diesem Fall System bei dem Abhandlungskommen der Akten vorzulegen habe. Der Herr spreche auch dafür, daß die Aktenstücke dem Abgeordneten Kerthoff nicht ungelogen gekommen seien. Schließlich habe der Finanzminister auch noch darauf hingewiesen, daß die Untersuchung dieser Steuerangelegenheit sei, sehr schwierig wäre. Der Ausschuss habe den Finanz- minister ersucht, sofort nach Prüfung, weitere Mittelun- gen über den Fall zu machen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Man hat mich ersucht, noch einige Angaben über die Angelegen- heit des Bankhauses Grauer, Philippsohn u. Co. zu machen. Durch rechtskräftige Strafbefehle sind bisher zehn Fälle erledigt und im ganzen 595 718 M. Strafe wegen Kapitalflucht verhängt. Die Summe des einzustehenden Kapitals beträgt 2,1 Millionen M. a. r. l. Es schweben noch einige weitere Verfahren wegen Steuerhinterziehung. In dem Falle Kaufmann, Wenus Spiro aus Hamburg, beträgt nach vorläufigen Schätzungen, die hinterzogene Summe 6 Millionen Mark. Nach Mitteilung des General-Staats- anwalts beim Landgericht 1 Berlin sind die Verfahren gegen die beteiligten Mitglieder des Hauses Hohenzollern noch nicht abge- schlossen. (Hört! hört!)

Die Beratung wird abgebrochen. — Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes über Festsetzung des Reichshaushaltsplanes für 1920. Schluß 6 1/2 Uhr.

Das Reichsmietengesetz

Debatte im Reichswirtschaftsrat

In der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrats wandte sich Dr. Erhäger, der Anwalt der bürgerlichen Genossenschaften, gegen die Vorlage. Das Privatkapital werde dadurch wahrlich nicht ermuntert. Es werde sich abwenden und der Wohnungsmangel werde nur noch größer werden.

Wiederberg (Zentralverband Christl. Bauarbeiter): Wir stimmen dem Grundgedanken des Gesetzes zu. Wir dürfen die Mietbildung nicht dem Spiel der freien Kräfte überlassen.

Aufhäuser (Gewerkschaftsvertreter) bebauert, daß diese Beratung nicht mit der Beratung über das Mietsteuerergesetz verbunden ist. Der Gedanke der Höchstmiete wird hier vollkommen preisgegeben. Ich kann deshalb dem § 1 nicht zustimmen, bevor nicht Unterlagen darüber vorliegen, um wieviel Prozent die Mietpreise erhöht werden sollen. Nach § 1 können Vermieter oder Mieter die gesetzliche Miete in Anspruch nehmen. Diese Vertragsgleichheit steht ledig- lich auf dem Papier; der Schwächere wird immer der Mieter sein. Eine Erhöhung der Mieten zur Vornahme der Reparaturen ist notwendig, aber auch schon im Rahmen der jetzigen Höchstmieten- gesetzgebung möglich. Der Mietermangel wird hier preisgegeben. § 1 sieht für die gesetzliche Normalmiete keine Grenze nach oben vor, auch keine einseitige Regelung für das Reich, sondern über- läßt alles den obersten Landesbehörden. Ich kann dem Gesetz nicht zustimmen, wenn ich nicht weiß, was die Regierung aus dem Mietermangel machen will. Ich schlage deshalb noch eine zweite Lesung vor, vor der die Regierung uns erläutern muß, was aus der Mietermangelsverordnung werden soll. Der gemeinschaftliche Grundgedanke wird hier völlig außer Acht gelassen.

Damit schließt die Aussprache über § 1. Danach beschließt der Reichswirtschaftsrat die Vornahme einer zweiten Lesung, die am Dienstag erfolgen soll. Die Abstimmung über den § 1 ergibt keine Annahme.

§ 2 legt die Friedensmiete zurunde (1. Juli 1914). Sonder- leitungen (Zentralheizung und Warmwasserversorgung) sind bei der Berechnung abzuziehen. Der Beschluß des Reichswirtschafts- rats legt noch Spiegelglasversicherung zu. Für den abzuziehenden

den Betrag werden Prozentsätze festgesetzt. Ueber Streitigkeiten hinsichtlich der Höhe der Friedensmiete soll das Einigungsamt auf Antrag entscheiden. Das Einigungsamt soll auch dann die Entscheidung treffen, wenn eine Friedensmiete nicht vereinbart oder nicht mehr festzustellen ist oder wenn sie aus besonderen Gründen in außergewöhnlichem Umfang von dem damaligen ortsüblichen Zinsfuß abweicht. Der § 2 wird in dieser Fassung angenommen.

Eine lebhaftere Debatte entspann sich bei der Frage der Mietervertretung in § 16. Die Regierungsvorlage erklärte ledig- lich die Mieter für berechtigt, einen oder mehrere von ihnen mit der Vertretung in Mietangelegenheiten zu beauftragen. Der Ausschuss hat hinzugefügt, daß in Häusern mit mehr Wohnungen ein dreigliedriger Mieterausschuss in geheimer Wahl zu wählen ist. Der Ausschuss hat ferner dem Vertrauensmann oder dem Mieter- ausschuss ein Kontrollrecht über die Instandhaltungsarbeiten ge- geben. — Von den Unternehmern Arnold und Gen. wird die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragt.

Frau Mühlam (Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins): Der Mieterrat wird nach Rechtskommenheiten in allen Haus- angelegenheiten streben und schließlich vielleicht die Sozia- lisierung des Hausbesitzes fordern. Man sollte des- halb über das bisherige Maß der Mietervertretung in den Häusern mit Zentralheizung nicht hinausgehen. — Udo (Zentral- verband der Angestellten: Wenn die Mieter für die Reparaturen herangezogen werden sollen, so müssen sie auch mitbestimmen können. — Dr. Schwarz: Die Mieterräte können nur Ursache der Mieter, sondern auch der Vermieter. Von den Betriebsräten glaubte man erst auch, daß damit der Teufel ins Haus käme, jetzt aber kommen viele Unternehmen mit den Betriebsräten sehr gut aus. Der § 16 wird in der Ausschussfassung unverändert an- genommen. — Nächste Sitzung Dienstag, 11 Uhr: Zweite Lesung des Reichsmietengesetzes.

Internationale Sozialistische Konferenz

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Wien, 27. Februar.

Am Sonntag vormittag berichtet

Wallhead (England):

über die Kommissionsarbeit. Die Innsbrucker Fassung der These über Imperialismus und soziale Revolution ist etwas ge- ändert worden am Punkt 5 über die Stellung zum Kriege. Die Kommission wollte nicht Gericht halten über die Vergangenheit. Auch die kommunistische Internationale beansprucht das Begna- digungsrecht für Personen und Gruppen, die früher geirrt, die 1914 und später schwere Fehler begangen haben, welche sich nicht wiederholen dürfen. Für uns ist maßgebend die Haltung, welche jetzt eingenommen wird. Im zweiten Punkt muß die Pflicht des Eintretens für internationale Minderheiten, klarer betont werden. Die I. L. P. führt einen entschlossenen Kampf für Irlands Selbstbestimmungsrecht. Die gleichen Pflichten müssen erfüllt werden gegen die Minderheiten Tschechiens, Balens und Rumaniens. Wichtigere Änderungen hat der Punkt 3 erfahren. Die Kommission war sich darüber einig, gegen die Politik, welche unter dem Vorwand der Landesverteidigung das Proletariat für den Imperialismus mißbraucht, Stellung zu nehmen. Aber es gibt auch eine revolutionäre Landesverteidigung

mit proletarischen Klassenkampfmitteln, wie die Blanquisten von 1871 sie planten. Der nächste Kongreß der Arbeitsgemeinschaft muß diese Frage genauer präzisieren, hier genügt die härteste Zurückweisung des Schlagwortes „Landesverteidigung“ für imperialistische Zwecke. Nach ausführlichen Beratungen beschloß die Kommission einstimmig die Annahme der These. Sie hegt die Hoffnung, daß die Thesen dazu beitragen werden, die sozialistischen internationalen Kräfte gegen den Im- perialismus zu konzentrieren. (Lebhafter Beifall.)

Papshewitsch (Serbien):

berichtet über die Arbeiten der georgischen Kommission. Das Proletariat Europas könne nicht verziehen, daß Konflikte zwischen sozialistisch regierenden Staaten auf militärischem Wege gelöst werden. Unzweifelhaft sei die Verteidigung der revolu- tionären Errungenschaften Rußlands die Sache des internationalen Proletariats. Aber Konflikte, wie Rußland-Georgien, können die soziale Revolution nur erschweren.

Ein Krieg zwischen zwei sozialistischen Staaten muß das Proletariat demokratisieren,

janzal vielfach die Illusion besteht, daß der Sozialismus realisier- bar sei mit militärischen Mitteln. (Lebhafter Beifall.) Redner bean- tragt folgende Resolution:

Die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaftskommission sowie die sozialistisch-beralistische Partei Georgiens, teilten der Konferenz mit, daß russische Truppen ohne vorhergehende Kriegserklärung über die georgische Grenze vorgedrungen sind und auf Iffis marschieren. Demgegenüber behaupten die Moskauer Telegramme, wie auch die Wiener Vertreter der Sow- jetregierung, daß es sich in Georgien um lokale Aufstände der georgischen Bevölkerung handle und die Sow- jetregierung ihre Vermittlung zwischen den Aufständischen und der georgischen Regierung angeboten habe. Die Konferenz ist außerstande, durch Untersuchung den Sachverhalt festzustellen, jedoch geht schon aus Erklärungen der Moskauer Regierung selbst klar hervor, daß es sich bei den Zusammenstößen in Geo- rgien auf der einen Seite um Kräfte handelt, die dem Macht- kreis der Sowjetregierung bzw. der dieselbe bildenden russischen kommunistischen Partei angehören. Sollte es sich herausstellen, daß das ganze Rußland, regiert von der kommunistischen Partei, gegen das kleine Nachbarland Georgien direkt oder indirekt Krieg führt, würde dies den entscheidenden Protest des ganzen europäischen Proletariats hervorgerufen müssen, welches nicht begreifen würde, daß der Gegensatz zwischen zwei von Sozialisten regierten Staaten mit Methoden ausget- ragen wird, die dem imperialistischen Staate eigen sind. Die Konferenz erklärt, daß die Verteidigung der russischen Revolution gegen alle Anschläge der internationalen oder russischen Reaktion nicht nur die Lebensinteresse des Gesamtproletariats sei. Aber der Kampf gegen die interventionierende Konterrevolution in Sow- jetrußland würde ungeheuer erschwert, wenn die russische Sowjet- regierung, wenn auch aus anderen Motiven, gleichfalls eine Interventionspolitik Georgien gegenüber betreiben wolle. Darum erwartet die Konferenz bestimmt, daß die Georganien- arischen Gewerkschaften und Sowjetrußland auf dem Wege fried- licher Verständigung teledat wird und daß Sowjetruß- land aus ureigenem Interesse des russischen Proletariats die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit der georgischen Republik nicht antasten wird.

Czermal (Tschechien):

Die Pariser Friedensverträge haben Mitteleuropa ballastiert, Tschechien ökonomisch dem Kapitalismus ausgeliefert. Poli- tisch ist Tschechien eine Kopie der französischen Bourgeoisrepublik. Die Rot des Proletariats und die Nationalkräften sind bis heute unersch. Die Reaktion ist durch den neuen Militarismus erstarkt. Ein großer Teil des tschechischen Proletariats wendet leider der Ideologie der nationa- len Staatserhaltung die Interessen des Sozialismus. Die deut- schen Sozialdemokraten Tschechiens kämpfen einen schmerzlichen Kampf gegen den Nationalismus und Imperialismus. Schon seit den

Parteitagen von Tefsch und Karlsbad arbeiten sie im Geiste der Wiener Konferenz. Sie betrachten die tschechischen Genossen der zweiten und dritten Internationale nicht als Feinde, son- dern als irrende Brüder und hoffen eine gemeinsame Kampffront gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus herzu- stellen. (Lebhafter Beifall.)

Bauer (Oesterreich):

Der Imperialismus in den Siegerländern ist der härteste Förder- ter der Gegenrevolution. Oesterreichs Proletariat haben die Bourgeoisie Oesterreichs niedergeworfen, aber der Imperialismus Westens schützt die Bourgeoisie aus Solidarität und aus Furcht vor dem Sozialismus, der bei seinem Siege den Verlust der Ka- pitalanlagen nach sich zieht. Die Entente fordert die Abgabe der abzuliefernden Waffen an die ungarische oder polnische Gegenrev- olution, aber unere Eisenbahnen werden dies nie zulassen. Wir müssen in Repräsentation greifen, da wir keine Kohle und kein Brot haben. Wir hoffen auf die Hilfe der Proletariat der Weltländer. (Lebhafter Beifall.) Sie haben die Demonstration unserer Wehrmacht. Unsere Wehrmacht ist verhaftet bei der Bourgeoisie und bei der Entente, weil sie nicht hineinpaßt in das kapitalistische System. (Lebhafter Beifall.) Der Anschlag Deutschösterreichs an Deutschland ist jetzt die Forderung der ganzen Partei, weiß unser Land nicht erkennenfähig ist. Paris empfindet die Donau- föderation, aber die Wälder werden nie freiwillig wieder in den Habsburger Kerker zurückkehren. Eine friedliche Lösung kann nur das Selbstbestimmungsrecht erzielen. Wir haben heute zu wenig internationale Verbindungen, zu wenig gegenseitige Hilfe, gegen die diplomatischen Antriebe der kapitalistischen Re- gierungen. Das Bureau der zweiten Internationale ist ohnmäch- tig, ebenso wie die Moskauer Exekutive, wir brauchen

ein leistungsfähiges Amt einer proletarischen Internationale,

und das soll das Bureau der Arbeitsgemeinschaft werden. Auf Grund des Eintrags der Kommissionsberatungen darf ich den französischen Genossen sagen: Keine Kritik der Vor- gangenheit. Aber die französischen Genossen dürfen nicht ver- gessen, daß die Gefahr vor allem der französischen Imperialismus ist. Wir wollen, daß die französischen Genossen schwere Aufgaben zu erfüllen haben. Wir kennen die fürchterliche Zerstörung Nord- frankreichs, die ihre Lage sehr schwierig macht. Es ist aber nicht ihre Aufgabe, festzustellen, was Deutschland zahlen kann, dafür sorgen Irland und Voincaré. Die Aufgabe unserer fran- zösischen Genossen ist es, sich nicht zu fürchten vor der Anklage des Auslandes. Die Engländer fürchten nicht die Beschuldigung, als deutschfreundlich zu gelten. Die Franzosen haben es schwerer. Aber wenn sie nicht ganz entlassen gegen den Imperialismus kämpfen, besteht die Gefahr des Sieges der Gegenrevolution. Die Entwicklung geht rasch vorwärts. Die Hauptfrage der Zukunft ist, den richtigen Weg zu weisen und den neuesten geschichtlichen Fortschritt anzuwenden. Wir erwarten die Vereinigung Westeuropas aus den Fesseln des Kapitalismus durch die soziale Revolution Mitteleuropas. Weil der Sieg des Imperialismus der Sieg der Gegenrevolution ist, deshalb dürfen wir die westlichen Genossen aufrufen, uns zu helfen gegen den Imperialismus zum Siege der sozialen Revolution. (Stürmischer Beifall.)

Louquet (Frankreich):

Die französische Arbeiterklasse ist sich ihrer schweren Aufgabe bewußt. Frankreich ist heute nicht mehr das Wehrzeichen der Re- volution, sondern der Reaktion. Aber das Proletariat trägt hier keine Verantwortung. Es ist richtig, daß kein Land so viel Leid durch den Krieg erfahren hat als Frankreich. Trotzdem ist in dem französischen Proletariat das Gefühl der internationalen Solidarität lebendig, es ist sich einig in der Verteidigung der russischen Revolution, aber der größte Feind der russischen Revolu- tion

ist die Moskauer Exekutive,

die das französische Proletariat spaltet. Es ist sich einig im Kampf gegen die Banditenregierung Borissins, wie zum Schutze der Arbeiterklasse anderer Länder. Es ist sich ferner be- wußt der fürchterlichen Lage Deutschlands und Oesterreichs. Es ist ein selbstverständliches Recht Oesterreichs, den Anschlag an Deutschland zu fordern, da die Entente keinen Ausweg aus dem Frieden von Saint Germain findet. Wir brauchen eine lebendige taktische Internationale. Die Kom- munisten sind nicht unsere Feinde, sondern irreführende Brüder. Wir müssen zu einer einheitlichen Front kommen. Inzwischen muß die Arbeitsgemeinschaft ausgebaut werden. Die Konferenz ist ein Ereignis in der Geschichte des Weltproletariats. Wir sind dem Wiener Proletariat dankbar, daß es das Werk zum Siege der so- zialen Revolution gefördert hat. (Stürmischer Beifall.)

Renaudel (Frankreich):

schließt sich Louquet an. Er erwidert Bauer, daß Frankreich keine territoriale Expansion erwünscht habe. In der letzten Angstpolitik vor dem deutschen Militarismus verweisen sie nicht die fürchterlichen Gebiete. Die französischen Sozialisten sind ein- verstanden mit der Revision der Friedensverträge. Sie veritaue auf Frankreichs Volk, das drei Revolutionen durchgemacht hat. Die französische Regierung ist reaktionär,

nicht aber das Volk.

Es beginnt schon zu erwachen, es arbeitet Hand in Hand mit der Internationale, aber drei Internationalen sind zu viel. Sie machen das Proletariat ohnmächtig. Nur die Wiederorganisation einer einzelnen Internationale kann den Sieg ermöglichen.

Bauer (Oesterreich):

dankt Louquet und erwidert Renaudel, daß die Erklärung der Wurzeln des französischen Imperialismus nicht Sache der fran- zösischen Sozialisten ist. (Beifall.) Hauptsache ist, daß die Sozia- listen

den Nationalismus im eigenen Lande bekämpfen, nur so sei die Gefahr des Revanchekrieges abwendbar. Er glaube nicht an eine ernste Differenz mit Renaudel, aber wir wollen uns nicht verabschieden, sondern den Arbeitern die Wahrheit sagen, nur so kommen wir zu einer wirklichen Aktion. (Stürmischer Beifall.)

Wallhead (England):

gibt Renaudel darin Recht, daß der britische Imperialis- mus das ungeheureste Kaufsystem darstelle. Die I. L. P. kämpft energisch dagegen, sie protestieren gegen den Raub deutscher Kolonien, gegen die Amerikaner Mesopotamiens und Zentralafrikas. Sie fordern die Neutralisierung Zentralafrikas und die Freiheit der Eingeborenen. Wallhead ist mit Bauer darin einig, daß jede Arbeiterklasse den Imperialismus im eigenen Lande bekämpfen müsse; er hofft dabei auf die Hilfe einer starken Internationale. (Starker Beifall.)

Die Abstimmung der These über den Imperialismus und soziale Revolution" ergab die einstimmige Annahme. Ebenfalls einstimmig wurde die Resolution in der Wie- deraufmachungsfrage und die Resolution gegen die Konterrevolution angenommen. Die Resolution über die georgische Frage wurde zur Kenntnis genommen und die Exekutive mit der weiteren Untersuchung und Stellungnahme beauftragt. Einige Delegierte Frankreichs und Rußlands, die die direkte Stellungnahme wollten, stimmten dagegen. Weitere einstimmige Annahme fanden die Protestresolutionen gegen die Unterdrückung der Sozialisten in Rumänien, gegen die Justizmorde Ungarns. Die tschechischen Genossen schloßen sich in einem Schreiben diesen Protokollen an. Darauf erfolgt die Wahl des Exekutivkomitees.

Lebedour (Deutschland):

dankt in seiner Schlußrede den Wiener Genossen. Das Werk sei in der Hauptsache gelungen, die Arbeitsgemeinschaft gegründet. Sie sei keine neue Internationale, aber die zentrale Vorbereitung für die Schaffung einer Internationale, die keine Zukunftswort sei, aber die Führung zur revolutionären Tat übernimmt. Mit stürmischen Hochrufen und dem Gesang des Liedes der Ar- beiter und der Internationale in deutscher und französischer Sprache wurde die Konferenz geschlossen.

erhalten, bei denen wir das zur Ausführung bringen, was wir in den Verhandlungen erlernt haben. In Langmuß werden von den Vereinen nur Berufsmusiker beschäftigt. Wenn man im Interesse darauf achten will, daß die Vereine den Berufsmusikern eine Konkurrenz machen, dann bitte lassen Sie in ihren eigenen Reihen zuerst an.

Soweit die Zuschüsse. Wir hoffen nur, daß die gegenseitigen Konzerte dadurch aus der Welt geschafft werden, indem man alles unterläßt, was die Berufsmusiker irgendwie schädigt, soweit nicht höhere künstlerische Interessen in Frage kommen.

Gemeindefreier Groß-Berlin!

In den nächsten folgenden Tagen findet die Wahl der Betriebsräte statt. Von dieser Wahl hängen die Erfolge, die die Arbeiterchaft an der Betriebsrätebewegung erwartet, ab. Starke und einheitliche Wille der Betriebsräte ist zur Erfüllung ihrer großen, schweren Aufgaben notwendig. Schaffung einer geschlossenen Front der Betriebsräte ist erforderlich; weist jede Sonderbestrebung zu und gibt eure Stimme den

einheitlichen freigewerkschaftlichen Listen!

Gruppenträte und Betriebsräte, Delegierte der Angestellten!

Wer von den Angestellten als Gruppentrat beziehentlich als Delegierter zur Generalversammlung der Betriebsräte für den Bezirksbezirk Groß-Berlin gewählt worden ist, hat sofort darüber der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale Berlin i. D. 16, Engel-Ufer 14-15, Eingang Bantel B. 2. Hof, 1. Stock, treft oder durch die Gruppenratsleitung Meldung zu machen, benzo der unterzeichneten Geschäftsstelle. Die Meldungen müssen so an beide genannten Stellen ankommen. Wer diese Meldung nicht gemacht hat bzw. nicht machen ließ, erhält keinen Ausweis. Ohne diesen besonderen Ausweis ist der Zutritt zu der Generalversammlung, den 3. März 1921, abends 6 Uhr, in Kleins Fest-

möglich. Wir bitten also, das evtl. Verjämte spätestens bis Mittwoch, den 2. März 1921, durch Meldung an die betreffenden Stellen nachzuholen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Berlin, Belle-Alliance-Strasse 7-10, 3 Treppen.

Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre Charlottenburg

Am Mittwoch, den 2. März, abends 7 Uhr, nehmen die auf dem Boden der U. S. V. D. stehenden Funktionäre im Volkshaus, Charlottenburg, Rosenstraße (kleiner Saal), zu der gegenwärtigen politischen Situation Stellung. Partei- und Gewerkschaftsbund legitimieren.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Groß-Berlin! Am Donnerstag, den 3. März 1921, abends 6 1/2 Uhr im Restaurant „Schultheiß“, Holzmarktstr. Ecke Andreasstr. Branchenversammlung der Ueberwachungsbeamten.

J. A. Franz Kühn, Obmann.

Aus den Organisationen

Dienstag, 1. März

1. Mittwoch. Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr, bei Naack, Bergmann-Kroß 27.

4. Mittwoch. Abends 7 Uhr, Bildungskommission nicht bei Naack, sondern bei Naack, Kauler Str. 20. Jeder Bezirk und jede Abteilung, sowie die Ortsvereine, die Bezirksvereine und die im Bezirk wohnenden Referenten haben bestimmt zu erscheinen.

12. Mittwoch. Abends 7 Uhr, Sitzung der kommunalen Kommission mit dem geschäftsführenden Ausschuss, abends 7 Uhr, im „Grünen Baum“.

Mittwoch, 2. März

4. Mittwoch. Abends 7 Uhr, bei Naack, Rosenstraße, findet eine wichtige Besprechung der Landesleiterinnen und der Frauenarbeitskommission statt.

12. Mittwoch. Abends 7 Uhr, Sitzung der Frauenarbeitskommission bei Lüdewitz, Lehmann Str. 18.

17. Mittwoch. 3. Abteilung. Kommunale Kommission. 7 Uhr, Wäckerstr. 6, 6a, Kleiner Saal (Freiwilligkeit).

18. Mittwoch. Abends 7 1/2 Uhr, Gruppenversammlung der 3. Gruppe (4., 5., 7. Bezirk) im Wilhelmshof, Oberstr. 8, 1 Tr., Kleiner Saal.

Donnerstag, 3. März

2. Mittwoch. Abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula, Vollenstr. 15, Mitglieder-Versammlung.

3. Mittwoch. 7 Uhr, Verhandlung bei Krüger, Grunewald 1.

Freitag, 4. März

2. Mittwoch. Arbeitslose Genossen müssen sich selbstbeschäftigen der „Arbeit“ bis spätestens 4. März bei Brügel, Steinmetzstr. 23, melden.

3. Mittwoch. Generalversammlung um 7 Uhr, in der Schulaula der Oberrealschule, Falkenstr. 44-46. Tagesordnung: Bericht des Landesvorsitzenden Genossen E. Kahlert: „Die Zeiten der Verdingung“. Die Bezirksleiter werden ersucht, alle Genossen dazu einzuladen.

Sonntag, 5. März

Mitgliederversammlung. 7 Uhr, „Eisenstein“, Funktionäre-Konferenz. Genosse Kahlert spricht über auswärtige Politik. Der Diskurs leitet.

Vereinskalender

Mittwoch, 2. März

Deutscher Arbeiter-Verband, Bezirksverein Berlin 25. Mitglieder-Versammlung abends 7 1/2 Uhr in Harnischs Hof, Neue Friedrichstraße. Wichtige Tagesordnung.

Abend der technischen Anzeigenden und Beamten. Mitglieder-Versammlung: Vorkonferenz im Nationalhof, Köpenicker Str. 7, 7 1/2 Uhr; Abend: im Nationalhof, im Köpenicker Platz, abends 7 1/2 Uhr; Spandau: im Restaurant zum Stern, Potsdamer Str. 10, abends 7 1/2 Uhr.

Arbeiter-Sport-Kartell Reinickendorf. Versammlung 1/2 8 Uhr bei Weidling, Teufelstr. 111.

Verband der Seiler, Tapezierer und Klebwerkstoffe. Abends 7 Uhr, bei Voelker, Weidlingstr. 17, Versammlung der Reichsleiter und Parteifunktionäre.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kahlert, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kahlert, Berlin. Druck der „Arbeit“: Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Preiswertes Schuh- u. Stiefel-Angebot

Damen-Schuhe u. Stiefel
beste Rahmenarbeit

von seltener Gelegenheit!

Wir bringen Schuhe und Stiefel mit kleinen Schönheitsfehlern bedeutend unter Preis zum Verkauf

Herren-Schuhe u. Stiefel
Orig. Goodyear-Well

<p>Angebot I: Schwarze Damenschuhe 149⁰⁰</p>	<p>Angebot II: Farbige und Lack-Damenschuhe 169⁰⁰</p>
<p>Angebot III: Herrenstiefel in schwarz Chevreau u. Boxkalf 179⁰⁰</p>	<p>Angebot V: Herren-Knopf- u. Schnürstiefel braun und schwarz, m. Lackbesatz 248⁰⁰</p>
<p>Angebot IV: Damenstiefel Hochscholl, farblich und schwarz, mit Lackbesatz 198⁰⁰</p>	<p>Angebot VI: Damen-Wildleder-Hochscholl-Stiefel und -Schuhe in verschiedenen Farben und Ausführungen 185⁰⁰ 260⁰⁰</p>

HERMANN TIETZ

Nur Leipziger Strasse



VOLLBIER: PILSATOR BÖHMISCH DUNKEL
in Flaschen, Kannen, yphons, überall erhältlich.

BÖHMISCHES BRAUHAUS

Zinn, Weißmetall Kupfer, Zinnoxid Aluminium, Messing u. w.
Elektrostr. 48 (Monn. 7500).
Reichenberger Str. 118 (am östlichen Bahnhof).

Abteilung! Händler!
erzielen für Almetalle die höchsten Preise im Metallhandel!
Waldstraße 63 (Monn. 1871)

Riefen-Preße für Almetalle Quecksilber
Brenzlauer Str. 24
Waldstraße 3
Gubener Str. 69
Waldstr. 63 a
Waldstr. 66, Schöneberg.
Händler-Preise.

Wanderfreunde finden die schönsten Rabatte und Vergünstigungen in dem Buch von Paul Sauer „Räder, Berg und See“, Gedruckt 1920, 6.-Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Achtung! Oberschlesier!

Die Fahrscheine für die Abstimmter sind den einzelnen Ortsgruppen überwiesen und können dort vom 1. März ab in Empfang genommen werden

Zweigstellen:
Deutscher Schutzbund, Berlin, Dinslage 4

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln

Geöffnet 8-6 Uhr / Verkauf an jedermann / Bergstraße 29
Ereinerbahnstr. 7, 15, 47, 48, 22, 46, 94, C. P. 1 / Stadtbahnstr. 10, Ringbahnstr. 10

6 Ausnahmetage in Frühjahrs-Damen-Konfektion

Moderne Kostüme hellfarbig	60 ⁰⁰
Feine Kostüme lange Form	110 ⁰⁰
Elegante Kostüme in verschiedenen Farben	225 ⁰⁰
Marinebl. Rummargan-Cheviot-Kostüme	395 ⁰⁰
Weiße Qualität, Cheviot und Rummargan	285 ⁰⁰ bis 132 ⁵⁰
Damen-Röcke	30 ⁵⁰ bis 64 ⁵⁰
Blusen Sportart, hell und dunkel, erklaffige Stoffe	35 ⁵⁰ bis 52 ⁰⁰
Blusen Seide, Corps de robe	79 ⁰⁰ bis 137 ⁰⁰
Elegante Sommermäntel Seide, imprägniert	355 ⁰⁰
Uebergangsmäntel sehr gute Qualität	98 ⁵⁰ bis 139 ⁵⁰

Nach Saisonschluss im Preise ganz bedeutend herabgesetzt

Feine Flauch-Wäster in Qualität, modernste Form	215 ⁰⁰
Mädchen-Mäntel nette Form, in d. Größe 7-7	48 ⁵⁰ bis 63 ¹⁰

Schuhbesohlung

sowie sämtliche Schuhreparaturen gelangen peinlichst sauber und allerbilligst zur Ausföhrung

Pianos * Stückflügel

gibt Beamten und solenten Käufern gegen bequeme Zahlweise

Große Auswahl in Gelegenheitsbänken, Steinway, Wehstein, Wüthner usw. in bekannt erprobter Ausführung

Mag Adam
Unter den Eichen 15
Hauptstr. 16
Potsdamer Str. 59

Hämorrhoiden • Stuhlträchtigkeit
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Schriftliche Druckchrift Dr. Gutzhard & Co., Berlin 222, Potsdamer Straße 102a

Herrenkleidung neuster Mode

Anfertigung nach Maß und fertige Kleidung

Eigene Werkstätten

Frühjahrsjackets, marone, auf Taille gearbeitet, mit Sakoschilla	M. 950, 800, 750, 600
Sportjackets, aus Covercoat, in verschiedenen Qualitäten und Ausführungen, mit Blendebroschur od. Kappabroschur, Jackettform od. kurze Sportform	M. 1100, 950, 800, 750
Schlüpfer in englischen Mustern, mit hochgradigen Kragen und hellem K-Streifen, mit verdeckter L-Linie oder zum Durchknöpfen	M. 1000, 950, 900, 850, 800
Raglans aus Diagonal-Cheviot in verschiedenen Farbbelegungen, kurz gearbeitet und ohne Gürtel	M. 950, 800, 750, 600
Gummimäntel in sehr guten Qualitäten, glatt, geklappt, Covercoat oder Double, in mannigfaltigen Ausführungen	M. 900, 750, 600, 550, 450, 370
Culaway und Weste in marone und schwarz, ganz modern gearbeitet, aus nur guten Stoffen	M. 1000, 900, 800

Stellverkauf an Schneider und Private

Nur
einen Verkaufsstelle

BaerSohn

Keine
Filialen mehr

Nur Chausseestraße 29-30 Nur

Betriebsräte • Gewerkschaften • Arbeiterräte

Arbeiterstiefel

gut durchgearbeitet, neu beschliffen

Schnürschuhe Paar M. 35.—
Schaffstiefel Paar M. 55.—

zu haben
Eislebener Straße 11, Laden 4
Ecke Rinkensstraße * Nähe Bahnhof Zoo

Schnell laufend in höchsten Preisen

Almetalle

Kupfer, Messing, Zinn, Quecksilber, Rotguss, Blei

sowie Messing, Gold u. Silberbruch, Platin

SCHUBERT, Berlin, Ramlersstraße 23
am Bahnhof Gesundbrunnen • Tel. 2400 • Amt. Buchdruck 644

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

Arthur Crispian

Ueberflüssige Menschen

Preis 3.— Mark

Buchhandlg. „Freiheit“
Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Dringend! Gute Preise. Dringend!

Kupfer / Rotguss / Messing

Quecksilber

Zinn / Weißlager

Schulzendorfer Str. 2
Kösliner Str. 6
Swinemünder Str. 109

Alle, bekannte **Möbelfabrik,**

bietet vertrauenswürdigsten Preisen unter der Bedingung

angenehmster Zahlungsbedingungen

zu günstigen Zahlungsbedingungen

Offizin unter V. 70 u. 82, S. „Freiheit“, Berlin C 2.